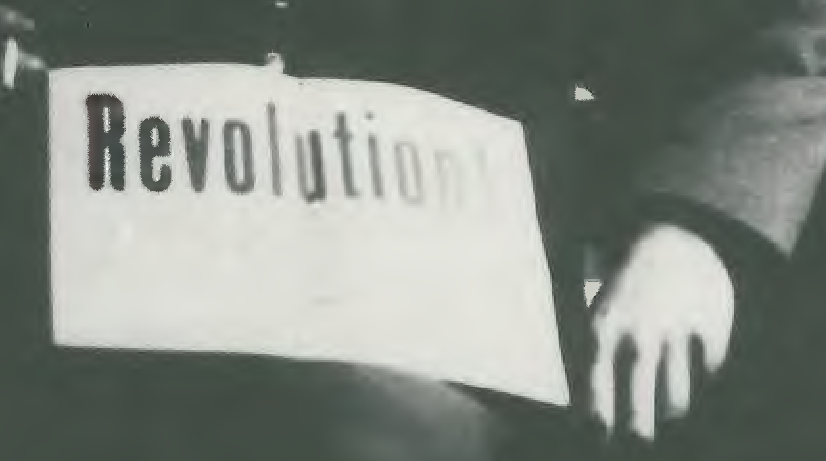




INHALT:

Kann denn Schreiben Sünde sein

Schanzenviertel ohne Stadtteilzeitung - Kaktus ohne Stachel?
Deshalb haben sich nach einem Jahr schanzenlebenloser Zeit einige Leute zusammengefunden, um diesem Zustand ein Ende zu bereiten.

Schließlich handelt es sich bei dem Schanzenleben nicht um irgendein Presseerzeugnis, sondern um ein Blatt mit durchaus langer Tradition: 1980 erschien die erste Ausgabe des SL, bis 1992 begleitete die Zeitung mehr oder weniger kontinuierlich den Stadtteil durch seine Geschichte.
Im Laufe der Jahre kamen und gingen die Redaktionen, die Grundtendenz der Zeitung wandelte sich nur langsam. War die Zeitung anfangs ein Sprachrohr der Initiativen mit entsprechenden personellen Überschneidungen, so entwickelte sich mit der Zeit eine immer eigenständigere Redaktionsgruppe. Dies war einerseits gewollt, um mehr Raum für andere Inhalte (z.B. mehr Theorie) und Diskussionen (z.B. Perspektiven der autonomen Bewegung) zu schaffen, andererseits verschlechterte sich der Informationsfluß, da es besagte personelle Überschneidungen kaum mehr gab.
Leider konnten der Ansatz "andere Inhalte + mehr Diskussion" nicht befriedigend verwirklicht werden (was Einige sicherlich als glatte Untertreibung bezeichnen würden). Die daraus resultierende Unzufriedenheit war sicherlich ein Grund für die Auflösung der alten Redaktion. Dazu später mehr, erstmal möchten wir einen kurzen historischen Überblick geben. Er kann natürlich nur stichwortartig sein, dokumentiert aber trotzdem welche Themen im Laufe der Jahre eine Rolle spielten.

Geschichte wird gemacht

Feb`80
- erste Ausgabe als 12-seitiges Faltblatt, insgesamt drei Ausgaben, Themen:
Viertel: Mieter-Ini Schulterblatt, Haus für Alle, Sanierung
Frauen: Beratungsgruppe §218
Zeitgeschehen: Strauß-Demo, Olaf Ritzmann, Berliner Häuserkämpfe

1981 3 Ausgaben
Viertel: Haus für Alle (Konzept, Besetzung), Reportage "Der neue Kiez?", Peepshow Schulterblatt, Conle-Häuser, Mietwucher
Häuserkampf: Amandastr., Güner Jäger
Repression: 129a, Isolationshaft
Zeitgeschehen: Graue Wölfe, Ratthay-Demo

1982 11 Ausgaben
Viertel: Mietervertreibung Juliusstr.,Peepshow Schulterblatt, Kinderstube Altona, Laden Susannenstr., Magarethenkneipe, Sanierungsgebiet Schulterblatt, Sanierungsgebiet Eimsbüttel, Bauspielplatz, Verkiezung ("Picken Pack"), Neo-Nazis ("Schlaflose Nächte"/Klick-Kino), H.Laue, Schlachthof, Straßenfest, Plenora-Werke, Conle
Häuserkampf: Stadtteilzentrum, Hausbesetzung Billstedt
Zeitgeschehen: Friedensbewegung, Moorburg, Reagan-Besuch Bonn/Berlin
Repression: Flüchtlinge, Brokdorf-Prozeß, Bullenkontrollen im Schanzenpark
Frauen: Hamburger Frauenwoche, Frauenzentrum, Walpurgisnacht, Röhl-Aktion, Vergewaltigungsprozeß
Internationales: Falkland-Malvinas-Krieg, PLO-Interview, Türkei-Kurdistan, Libanon-Palästina

1983 11 Ausgaben
Viertel: Sanierung Schulterblatt, Haus für Alle, Montblanc-Arbeitskampf, Wasserturmumbau in HEW-Bürozentrum, Bauspielplatz
Häuserkampf: Bartelsstr. 58a-c,Hafen,Jäpa
Repression: Volkszählung, Springerblockade
Frauen: Frauenbildungszentrum Juliusstr. 16
Zeitgeschehen: Anti-AKW, Friedensbewegung

1984 10 Ausgaben
Viertel: Sanierung: Schulterblatt, Karoviertel, Augustenpassage, Umbau Sternschanzen-Bahnhof, Baui, Haus für Alle, HdJ-Schilleroper, Deutsch-Ausländischer Kulturladen
Häuserkampf: Jäpa, Kloksweg, Hafen
Frauen: Frauenbildungszentrum, Walpurgisnacht, "Dolle Deerns" e.V.
Internationales: Nicaragua
Zeitgeschehen:Anti-AKW Wendland, Startbahn-West

1985 10 Ausgaben
Viertel: Sanierung Schulterblatt, Montblanc, Geschichte d. Viertels, Mehrzweckhalle (damals Lager-/Karolinenstr.), Deutsch-Ausländischer Kulturladen Susannenstr.20, Arbeitskampf "Frank+Frei"
Häuserkampf: Hafen, Jäpa, Pinnasberg, kl. Schäferkamp 36
Zeitgeschehen: Hungerstreik der RAF

1986 9 Ausgaben, neues Format u. Farbe (wie jetzt)
Viertel: Sanierung: Karoviertel, Schlachthof, Schulterblatt, Vertreibung d. MieterInnen Schanze 41A, Baui, Umbau Sternschanzen-Bahnhof
Häuserkampf: Hafen
Repression: Neue Sicherheitsgesetze (129a,130a)
Zeitgeschehen: Tschernobyl, Anti-AKW, Dokumentation zu RZ-Anschlag in Berlin

1987
Viertel: Baui, Geschichte d. Schanzenviertels, Haus für Alle, Laue, Mieten, Stadtteilplenum, Flora
Häuserkampf: Schanze 41A, Hafen, Stattbau
Repression: neuer Perso, Volkszählung, Betsy, Andreas wg. Hafendemo
Frauen: Über die Sauberkeit d. Mannes, 7. HH-Frauenwoche
Internationales: Nicaragua, El Salvador, Südafrika, West-Sahara
Zeitgeschehen: freies Radio, 1. Mai Berlin, Reagan Besuch in Berlin, Erklärungen d. RZ, Fluchthilfe

1988 10 Ausgaben
Das Schanzenleben nennt sich "Neues Schanzenleben"
Viertel: Flora, Wasserturm, Montblanc + Laue ziehen weg, Frau Döse, Ottensen-Konflikt, Geschichte d. Bodenspekulation in St.Pauli
Repression:EA, §129a, Fritz Storim, Prozeß wg. Hafendemo 20.12.86
Internationales: EG-Aussenministerkonferenz in HH, Nicaragua, Südafrika, Olympia '92 in Barcelona
Zeitgeschehen: IWF-Tagung in Berlin, Nato-Tagung in HH, Gentechnik, Olympia-Bewerbung v. HH, Drogen

1989 eine Ausgabe - zu peinlich

1990 5 Ausgaben
Viertel: Wasserturm, Radio St.Pauli, Flora, Frau Döse, Sanierung (Broschüre zur STEG, WIS-Papier), Libertäres Zentrum, Sylvester-Demo '89, Mehrzweckhalle
Häuserkampf: Sommerhuderstr., Knickweg, Kampstr., Schanzenstr. 56-62, Sternstr. 107, Hafen, Lama, Mietstreik
Zeitgeschehen: Linke BRD/DDR, Plakat "Peter 21/2 antwortet nicht...", Autonome, AKW-Stendal, Antifa, Drogen, Umstrukturierung (Wohnungsspekulation etc.), ICC-Tagung, Kongreß Radikale Linke
Repression: Zusammenlegung der pol. Gefangenen, Spanien (GRAPO)
Frauen: Frauen/Lesben gegen Knast
Internationales: El Salvador, Nicaragua, Palästina
Anti-Rassismus: AusländerInnengesetz, Flüchtlingspolitik

1991 3 Ausgaben
Viertel: Flora, Hafen-Transparentaktion, Frau Döse, Archiv der sozialen Bewegungen, Buchladen Schulterblatt, Wasserturm, STEG, Umstrukturierung St. Pauli, Verkehr (Strese), Wohnungsnot (Wohnwagen)
Häuserkampf: B 5
Zeitgeschehen: Drogen
Repression: Prozeß gegen L.Hornstein, EA, LKA-Frau in der Flora, Ralf und Knud, Flora-Park-Räumung, Razzia im Schwarzmarkt
Internationales: Golfkrieg
Anti-Rassismus: Flüchtlinge Norderstedt

1992 1 Ausgabe
Viertel: Lama, Flora, Wasserturm, Frau Döse, Radio St. Pauli, Radio St. Paula, Verkehr
Häuserkampf: Frauen-Bauwagenplatz, Hafen
Repression: Ralf und Knud, 16 E-Schicht (Broschüre)
Internationales: El Salvador Kuba-Brigade

Neue Leute - frischer Wind

Einstimmigkeit besteht darüber, "andere Inhalte + mehr Diskussion" anderen Zeitungen zu überlassen. Wir denken da an "Ohm" und 17C", die diesen konzeptionellen Ansatz seit ca. 1 1/2 Jahren verfolgen - wir wollen und können diesem nicht noch einen weiteren hinzufügen. Das heißt natürlich nicht, daß es im SL keine längeren Artikel zu diversesten Themen geben wird. Wir verstehen uns aber in erster Linie als Stadtteilzeitung - Schwerpunkt wird somit das Schanzenviertel sein. Da wir uns auch weiterhin als linke Zeitung verstehen, werden Themen wie Repression, Faschismus, Sozialhilfe- u. Erwerbslosen-Infos, aber auch frauen- und männerspezifische Themen zu den Inhalten gehören. Was wir nicht vom alten SL übernehmen wollen, ist die zuletzt sehr unregelmäßige Erscheinungsweise. Um Kontinuität und Informationsfluß zu gewährleisten, schwebt uns vor, daß die Zeitung ca. 6mal im Jahr erscheint. Was wir übernehmen wollen, ist das alte Vertriebssystem des SL: Verkauf in Zeitschriftenläden, Cafes, Kneipen u. Strassenverkauf.
Hier besteht unserer Meinung nach die Notwendigkeit dieser Zeitung: Informationen und Meinungen in möglichst breite Kreise hineinzutragen. Bei einigen Themen wird es dabei Überschneidungen mit anderen Zeitungen (z.B. "Zeck") geben, wir halten diese Redundanz für vertretbar.

Zum Schluß kommt`s

Wir wollen ehrlich sein: Wenn es uns nicht gelingt, regelmäßig zu erscheinen - und da sind wir uns nach allen Erfahrungen nicht sicher - dann wird es das SL nicht mehr geben. D.h., wir sehen das Projekt als letzten Versuch an - und Versuche können in die Hose gehen.
Wir sind oft damit konfrontiert worden, daß vieles, was in der Zeitung steht, schon bekannt sei und oft das Flugblatt-Niveau nicht überschritten wird. Das mag für Leute zutreffen, die eh alles wissen, nur: es wurden ca. 800 Exemplare pro Ausgabe verkauft und die sind bestimmt nicht nur auf den Scheißhäusern scene-bekannter WG`s gelandet. Zeitungsarbeit hat immer zwei Gesichter: einerseits ist es toll, das Produkt der gemeinsamen Arbeit in der Hand halten zu können - andererseits ist es undankbar, weil es unmöglich ist, es allen Leuten Recht zu machen. Wir haben es erlebt, daß ein und derselbe Artikel völlig unterschiedlich bwertet wurde - vom völligen Verriß bis "sehr informativ".

Aufhören, um neu zu beginnen

Wir sprachen bereits einen Grund für die Auflösung der alten Redaktion an: Scheitern am Anspruch auf mehr Inhalt und Diskussion. Rückblickend läßt sich dazu sagen, daß dieser Anspruch für Leute, die noch andere Interessen und Bedürfnisse als Zeitung-Machen haben, wahrscheinlich zu hoch, - da zu zeitintensiv - ist. Hier machte sich ein Problem bemerkbar, das Viele damals so nicht bedacht haben: der Wechsel vieler RedakteurInnen in die Welt des 7,5-Stundentages. Erwerbsarbeit macht i.d.R. den Kopf zu, weckt Bedürfnisse nach Konsum und Entspannung, führt zur Entwicklung anderer Interessen und einer "Urlaubsgesellschaft" (immer waren min. 3 Leute im Urlaub) usw. usf.. In dem Spannungsfeld zwischen der Entwicklung eigener Bedürfnisse und höherer Ansprüche ist die Gruppe zerbrochen.
Diese Tatsache beachtend, ergriffen einige alte Redaktionsmitglieder die Initiative für den Aufbau einer neuen Redaktion - die Trauben müssen nicht immer so hoch hängen !
Erstaunlicherweise schien die Initiative ein Treffer ins Schwarze gewesen zu sein, war es doch kein Problem innerhalb kurzer Zeit (2 Monate) eine neue Redaktion zu bilden. Sie ist somit eine Mischung aus alten "SL`ern" und neuen Leuten, die das Bedürfnis verbindet eine Stadtteilzeitung zu machen. Diese Resonanz läßt uns erstmal vorsichtig optimistisch in die Zukunft schauen.
Ob das SL im Laufe seiner Geschichte politisch etwas bewirken konnte, läßt sich schwer abschätzen. Über die Meßbarkeit des "Erfolges" politischer Arbeit läßt sich sicherlich eine längere Abhandlung schreiben. Aber jetzt genug des Lamentierens.
Wir sind auch weiterhin auf Informationen und Zusammenarbeit angewiesen - schreibt uns !!!

Schanzenleben c/o
Buchhandlung im Schanzenviertel
Schulterblatt 55 oder
Schanzenstraße 59 in
2000 Hamburg 36

Wohnen an der Elbe
Bordkarte mit Zwangsverpflegung

Nahezu pünktlich zum Inkrafttreten des zweiten Teils des AsylVerfG am 1.4.1993 (siehe Kasten) werden bis Mitte April zwei neue "Flüchtlingsschiffe" in Hamburg eintreffen.
Von den fünf auf der Elbe liegenden Schiffen fungierten bislang vier als sog. Erstaufnahmeeinrichtungen. Von da aus werden die Menschen entweder in ein anderes Bundesland umverteilt (von 2000 ankommenden Flüchtlingen bleiben 1000 pro Monat in Hamburg) oder sie warten auf die Zuweisung einer anderen Unterkunft. In der Regel bleiben sie auf den Aufnahmeschiffen nicht länger als fünf Wochen.
Das fünfte Schiff , die Göteborg, fungiert seit geraumer Zeit als Wohnschiff. Hier "wohnen" die AsylbewerberInnen für die Zeit ihres Verfahrens. Dies sind im Normalfall mehrere Jahre. Auf der Göteborg wurden in den letzten zwei Jahren zwei Anträge entschieden.
Flüchtlinge, die auf der Göteborg "wohnen", erhalten den normalen Sozialhilfesatz. Auf den vier Aufnahmeschiffen gibt es "Zwangsverpflegung"; in den Kabinen herrscht absolutes Kochverbot. Selbst das Kochen von Tee oder Kaffee ist untersagt. Über die "Sozialhilfe in Form von Sachleistungen" hinaus gibt es lediglich ein Taschengeld von 188 DM /Monat für den Haushaltsvorstand.
Neben einem "Bordkarten-System" für die BewohnerInnen herrschen scharfe Eingangskontrollen für Besuch durch einen Hamburger Wachdienst. Zeitweise besteht Besuchsverbot der BewohnerInnen der Schiffe untereinander.
Drei der bisherigen Schiffe (Casa Marina, Göteborg und Oslo) sollen nun im April gegen zwei Neue ausgetauscht werden. Dadurch wird sich aber nicht nur die Kapazität (3000 statt bisher 2500 Plätze) erhöhen; das grundsätzlich Neue ist die Art der Verfahrensabwicklung auf den Schiffen. Diese wird in Zukunft auf allen vier Schiffen zentral im Sinne des AsylVerfG durchgeführt werden.

Dort werden ständig präsent sein:
- Eine Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge
- Der Landesbetrieb Pflegen und Wohnen
- Das Einwohneramt Altona
- Das Sozialamt Altona
- Das Gesundheitsamt Altona
- Das Landessozialamt

Der einzige nicht auf den Schiffen zentralisierte Teil des Verfahrens wird die Abschiebung der Flüchtlinge sein.

Auch die AsylbewerberInnen selbst müssen ständig präsent sein und für die Behörden zur Verfügung stehen.
Nach der Vorstellung des Gesetzgebers sollen die Verfahren von BewerberInnen aus sog. Nichtverfolgerstaaten innerhalb von 6 Wochen bis 3 Monaten abschließend entschieden werden. Das betrifft heute ca. 30% aller AntragstellerInnen.

(Fortsetzung nächste Seite)



WESENTLICHE ÄNDERUNGEN DES ASYL-VERFAHRENSGESETZES

Am 1.7.1992 in Kraft getreten; bis auf einige Kernbestandteile des Gesetzes, die erst am 1.4.1993 wirksam werden.

-Zentralisierung (§5): Das Bundesamt für die Anerkennung von Flüchtlingen entscheidet künftig nicht nur über Asylanträge, sondern ist auch für Maßnahmen und Entscheidungen zuständig, insbesondere für sog. aufenthaltsbeendende Maßnahmen.
Außenstellen des Bundesamtes werden in jeder sog. Zentralen Aufnahmeeinrichtung mit mindestens 500 Plätzen eingerichtet.

-Zentrale Aufnahmestellen (ZAST) (§§ 44ff.): AsylbewerberInnen, die einen Antrag bei einer Außenstelle des Bundesamtes gestellt haben, sind verpflichtet, zwischen 6 Wochen und 3 Monaten in einer ZAST zu "wohnen" und für die zuständigen Behörden erreichbar zu sein.

-Arbeitsverbot (§61,I): Solange die Verpflichtung besteht, in der ZAST zu "wohnen", ist die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ausgeschlossen.

-Aufenthaltsgestattung(§56,I): ist auf den Bezirk beschränkt, in dem die für den/die AntragstellerIn zuständige ZAST liegt.

-Festnahme und Haft (§59,II): wer sich außerhalb des zugewiesenen Ortes aufhält, ist festzunehmen und auf richterliche Anordnung in Haft zu nehmen.

-Polizeibefugnisse der "Lagerverwaltung" (§59,III): die Befugnisse aus §59,II stehen nicht nur den Länderpolizeien, Grenz- und Ausländerbehörden, sondern auch den ZASTen zu.

-"Anhörung auf Zuruf" (§25, IV): Anhörung nur im zeitlichen Zusammenhang mit der Asylantragstellung, das spätere Vorbringen von Tatsachen braucht nicht mehr berücksichtigt werden.

-Widerspruchsverfahren abgeschafft (§11): einziges Rechtsmittel ist die Klage, die allein keine aufschiebende Wirkung hat und innerhalb von 1-2 Wochen (sonst 1 Monat) eingereicht werden muß.

-keine Berufung (§78,I), wenn die Klage als offensichtlich unzulässig oder offensichtlich unbegründet abgewiesen wird.

-"Mitwirkungspflichten" (§15,II,III): alle (erforderlichen) Unterlagen (Paß, Paßersatz, Visa, Aufenthaltsgenehmigung, Grenzübertrittspapiere, Flugscheine, Fahrausweise,usw.) müssen den mit der Ausführung des Gesetzen betrauten Personen vorgelegt, ausgehändigt und überlassen werden.

-"Erhebung personenbezogener Daten" (§16): ED-Behandlungen werden nur dann nicht durchgeführt, wenn die Identität der AsylbewerberInnen zweifelsfrei feststeht; es wird beim BKA eine Datenbank installiert (ASYLON), die Daten werden erst nach 8 Jahren oder bei unanfechtbarer Anerkennung gelöscht.

-Sog. FlüchtlingshelferInnen (§84,I,1) werden bestraft, wenn sie dazu verleiten oder dabei unterstützen, im Asylverfahren vor dem Bundesamt oder im gerichtlichen Verfahren unrichtige oder unvollständige Angaben zu machen.

Ob die Verfahrensabwicklung in diesem Sinn und vor allem in diesem Zeitraum von den Behörden umgesetzt werden kann, wird sich noch zeigen. Gesetzt den Fall, es klappt nicht: Selbst dann ist der Spielraum für Flüchtlinge in Deutschland auf ein Minimum zusammengeschrumpft und der Zugriff der Behörden auf diese Menschen erheblich ausgeweitet worden.
Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit der geplanten Änderung des Art. 16 GG. Ungefähr 90% aller Flüchtlinge kommen über sog. sichere Drittländer nach Deutschland. Wer den Boden eines der an Deutschland angrenzenden Länder auch nur betreten hat, könnte nach einer Änderung sofort in das betreffende Land zurückgeschickt werden.

Zur Zeit wehren sich die ostmitteleuropäischen Staaten zwar noch gegen die von Deutschland forcierten bilateralen Rückführabkommen, doch werden diese nach einer Einigung über die Rahmenkonditionen sicherlich in nächster Bälde unter Dach und Fach sein.
Und Flüchtlinge werden weiterhin kommen. Sie werden gezwungen sein - wollen sie in Deutschland bleiben - keinen Antrag zu stellen und sich in der Illegalität einzurichten.
Bleibt nur zu wünschen, daß hier Strukturen entstehen, die ihnen dieses Leben so angenehm wie möglich machen.

AKTIONEN UND KAMPAGNEN

Tag X : Treffen in Bonn am Tag der dritten Lesung zu Art.16 GG

Im Rahmen der bundesweiten Kampagne gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern wird es in Hamburg vermutlich Aktionstage mit thematischem Schwerpunkt "Neumühlener Schiffe" geben. Einzelheiten und Termin sind noch nicht bekannt.
(Lesenswert ist die Dokumentation zu Lagern in Deutschland, hrsg.von der Bundeskoordination gegen Lager und Abschiebung)

Aufruf

Aufruf an Immigrant/innen und Flüchtlinge,
an alle sich antifaschistisch / antirassistisch verstehenden und solidarischen Menschen,
Künstler und Initiativen sowie Läden und Zentren
in Hamburg, in den einzelnen Stadtteilen, insbesondere auch im Schanzenviertel!

Helft mit und beteiligt euch beim Ausstellungs- und Medienprojekt gegen Rassismus und Anzeichen von Faschismus, gegen Sammellager und gegen eine staatliche Politik der Ausgrenzung und Abschiebung, für ein solidarisches Zusammenleben und ein unangetastetes Grundrecht auf Asyl!

Wir, Menschen aus verschiedenen Hamburger Stadtteilen, Läden und Gruppen, planen als eine selbstbestimmte antirassistische Initiative, in und in Absprache mit möglichst vielen und unterschiedlichen öffentlichen und privaten Einrichtungen wie Zentren, Restaurants, Kneipen, Ausstellungsräumen und Läden, ein in seinen vielfältigen Aspekten breit und differenziert angelegtes, zeitlich und nach den jeweiligen Orten koordiniert durchgeführtes Medien- und Ausstellungsprojekt.
Inhalte werden sein, mit unterschiedlichsten Medien die Situation der Immigrant/innen und der Flüchtlinge, der betroffenen Menschen selbst in den Blick zu rücken, aber auch die Gewalt und die verschiedenen Facetten des staatlichen und des alltäglichen Rassismus sowie die Ansätze und Beispiele von Solidarität antirassistischer Gegenöffentlichkeit und Gegenwehr.
Wir haben schon angefangen, entsprechend geeignetes Foto- und Textmaterial zu sammeln.
Aber weder das uns bereits schon vorliegende Material, noch die uns schon zugesagten Räumlichkeiten reichen aus, dieses vielschichtige Projekt zu realisieren.
Wir wollen mit diesem Projekt der offenkundigen Ratlosigkeit und Ohnmacht vieler (uns eingeschlossen) angesichts der anziehenden Schraube des staatlichen und alltäglichen Rassismus entgegenwirken und ein weiteres Zeichen setzen für ein solidarisches Zusammenleben und für eine stärkere, breitere Unterstützung der Flüchtlinge.
Unterstützt uns und das Projekt, indem ihr entsprechendes Material, das ihr habt, wie Fotos, Filme, Videos, Gedichte, gemalte und collagierte Bilder, Musik etc., schickt oder vorbeibringt!
Unterstützt das Projekt, indem ihr Räumlichkeiten oder Wandflächen in den Zentren, in Kneipen oder in euren Läden für 2 oder 3 Monate für einen Teil des Projektes zur Verfügung stellt. Wir wählen dann mit euch das jeweils geeignetste Material aus.
Wir verstehen uns auch als Koordinationsgruppe für dieses Projekt, das, von den unterschiedlichsten Menschen mitgetragen, erst einmal für Anfang des Sommers im Schanzenviertel, dann als Wanderprojekt auch für weitere Hamburger Stadtteile geplant ist.
Meldet euch bei folgender Kontaktadresse:

Medienprojekt
c/o "Schanzenblitz"
Bartelsstr. 21
Tel.: 4304156
Fax: 4304157

Don't shut your mouth

"Ich hab doch da bei der Schokomaus vorhin schon 'nen Bier bestellt", mokiert sich ein bauchtragender, eventuell leicht studentisch aussehender Gast, bei der Mitarbeiterin einer dunkelhäutigen Tresenfrau.
Nur ein blöder Spruch im Suff ? Eine Provokation ?
Nein, bestimmt nicht. Für die Leute, die in Kneipen arbeiten, und für einige unter ihnen ganz besonders, ist dies der alltägliche Rassismus und Sexismus, gegen den dauernd angekämpft werden muß.
Aus Gründen wie dieser Geschichte, die nur eine von unendlich vielen ist, mehr noch aber aufgrund der allgemeinen politischen Lage, entstand die Idee, Läden, Kneipen und Gewerbetreibende aus dem Umkreis einzuladen. Auf diesem Treffen, an dem Kneipenleute und Gewerbetreibende aus dem Schanzenviertel, St.Pauli-Nord und dem Karoviertel teilnahmen, wurde beschlossen, sich regelmäßig, monatlich zu treffen. Erklärtes Ziel ist es, die Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Sexismus zu bekämpfen, mit der wir in sogenannten "halböffentlichen" Räumen, wie Läden und Kneipen sie darstellen, besonders häufig und mit einer meist unterschwellig geäußerten Verachtung, konfrontiert sind. Nicht "nur", daß Faschos überall Flüchtlinge, MigrantInnen, Frauen, Linke, Behinderte usw. angreifen, auch begegnet uns in unserem Alltag immer wieder eine Sprache, die, und das nur zum Beispiel, voll ist mit dummen, frauenfeindlichen und menschenverachtenden Sprüchen. Wir wollen uns diesen alltäglichen Rassismus/Sexismus nicht gefallen lassen. Das darf so nicht weitergehen.
Habt Mut, einzugreifen !
Macht den Mund auf !
Helft, wenn Menschen angegriffen werden !
Greift ein, wenn Medien gegen Flüchtlinge hetzen !
Stellt rassistisches und sexistisches Gelaber ab !

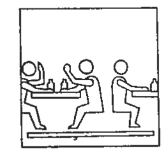
Das Laden und Kneipenplenum hat sich bislang dreimal getroffen. Ein Plakatentwurf ist fertig und soll demnächst in Druck gehen und plakatiert werden. Eine antirassistische Wanderausstellung ist in Vorbereitung, und kann hoffentlich demnächst ihre Tournee durch die Läden antreten. Desweiteren wurde eine Kneipen-Telefonkette erstellt, die hoffentlich das schnelle Erreichen vieler Menschen gewährleistet.

An Mitarbeit und Informationsaustausch sind wir jederzeit interessiert. Die Termine zu den Treffen haben keine Regelmäßigkeit, wer aber nicht eingeladen wurde und Interesse verspürt, kann den nächsten Termin, soweit dieser bereits feststeht, im "Fritz Bauch" erfragen.



Weggucken, Weitersaufen!

SCHLAGT ZURÜCK



Rassistisches Gelaber abstellen!



Hirn einschalten - Arsch hochkriegen!

Tschernobyl

Zum siebten Mal jährt sich der 26. April 1986. In jener Nacht explodierte Block 4 des in der Ukraine gelegenen Atomkraftwerks. Riesige Mengen des radioaktiven Inventars wurden in die Luft geschleudert, der größte Teil ging in der näheren Umgebung nieder, der Rest bewegte sich als radioaktive Wolke über halb Europa. Die Umgebung Tschernobyls ist verstrahlt, die sogenannte Todeszone mit 30 km Radius drückt dies nur ungenügend aus.
Im nahen Weißrußland leben 2,5 Mio. Menschen auf verseuchten Boden, weitere 8 Mio. Menschen essen die Lebensmittel, die auf den verstrahlten Böden produziert werden. Viele tausend Menschen sind gestorben, zehntausende werden noch an den langfristigen Folgen (Strahlenkrebs) zugrunde gehen. Bei 60.000 Kinder sind die Schilddrüsen vertrahlt. 8000 Menschen der Rettungsmannschaften, die damals noch schlimmeres verhindern sollten, sind bis jetzt gestorben.
Aber auch bei uns sind die Folgen spürbar: in Süddeutschland hat sich die Säuglingssterblichkeit nach Tschernobyl deutlich erhöht.

Der Konsens-Nonsens von Atomindustrie und Politik

Die beiden größten AKW-Betreiber der BRD, VEBA und RWE, haben einen Vorstoß unternommen, um die verlorene Akzeptanz ihrer Atomkraftwerke wiederherzustellen. Genervt, daß jetzt auch noch rote und rotgrüne Landesregierungen an ihren Atomanlagen rummäkeln, stellen sie einige Projekte in Frage. Die teuren oder unrealisierbaren Anlagen wie die Wiederaufarbeitung im Ausland oder das geplante Endlager Gorleben bieten sie zum Tausch an, wenn ihre gewinnträchtigen AKW dafür über Jahrzehnte abgesichert weiterlaufen können - sozusagen mit rotgrünen Gütesiegel. Und um den Druck des stetig wachsenden Atommülls loszuwerden, soll die Zwischenlagerung von Atommüll alleine als Entsorgungsnachweis gelten sowie das Endlager Schacht Konrad genehmigt werden. Mehrere neue Zwischenlagerstandorte in der BRD wären die Folge. Dieses Szenario soll zu einem Konsens mit den etablierten Parteien führen.
Niedersachsens Ministerpräsident Schröder (SPD) hat diesen Vorschlag mit erarbeitet und damit den Abschied der SPD von ihren Ausstiegsbeschlüssen eingeleitet. Über den Betrieb von Atomanlagen gibt es jedoch keinen gesellschaftlichen Konsens, und es wir ihn auch in Zukunft nicht geben. Nur das endgültige Aus der Atomenergienutzung - das schließt auch jede Option auf weitere AKW aus -beseitigt die Gefahren von Störfällen und GAU's.

Risse und Pfusch

Denn kaum war die Diskussion losgetreten, jagten sich schon wieder Schreckensmeldungen in den Medien: Risse im AKW Brunsbüttel! In Rohren aus dem angeblich rißfesten Stahl Austenit wurden bis jetzt über 250 Risse entdeckt - bei 1000 geprüften Rohren. Keiner weiß, ob sie durch den Betrieb des AKW entstanden sind oder schon beim Einbau vor über 10 Jahren vorhanden waren. Es zeigt sich, daß die Betreiber - die Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) - selber kein Ahnung über den wirklichen Zustand des Reaktors haben.
Angeregt durch die "Riß-Diskussion" meldeten sich mehrere ehemalige Mitarbeiter von Firmen zu Wort, die Anfang der achtziger Jahre in verschiedenen AKW (u.a. auch in Krümmel) Leitungen verlegt und Prüfungen vorgenommen haben. Sie berichten von haarsträubenden Zuständen: schlechte Ausbildung der Arbeiter, mangelnde Kontrollen, Alkohol am Arbeitsplatz, Pfuschereien, um Zeit zu sparen usw.
Die AKW wurden gebaut, um damit Gewinne zu machen, nicht um uns mit Energie zu versorgen. Das ist der Grund für solche Pfuscharbeiten. Denn eine wirksame Kontrolle hätte den Bau des AKW noch teurer gemacht. Die Risse in Brunsbüttel machen wieder deutlich, daß es keine sicheren AKW's gibt. Ein Super-GAU wie in Tschernobyl 1986 ist auch an der Unterelbe jederzeit möglich. Nur eine sofortige Stillegung kann das mit Sicherheit verhindern.

Leukämie bei Krümmel

Nicht erst beim Super-GAU, schon im Normalbetrieb tötet Atomstrom. In der Umgebung des AKW Krümmel sind innerhalb von 16 Monaten mindestens sieben Menschen an Leukämie erkrankt, drei Menschen sind bereits gestorben. Diese Leukämiehäufungen in einem so kleinen Gebiet sind weltweit noch nie vorgekommen. AKW-Betreiber HEW und Aufsichtsbehörde (das angeblich ausstiegswillige Land Schleswig-Holstein) bemühen sich nach Kräften, den Zusammenhang zwischen Atomanlagen und Leukämie zu vertuschen. Menschen sind der HEW nicht so wichtig, solange sich mit den AKW gut Gewinne machen lassen. Es kümmert sie auch nicht, daß beim Uranabbau in Kanada, woher die HEW überwiegend ihr Uran bezieht, ganze Landstriche verseucht werden und die Menschen dort ihrer Lebensmöglichkeiten beraubt werden.

Am Sonnabend, den 24. April 1993



Forderungen

- sofortige Stillegung des AKW Krümmel
- Stillegung aller Atomanlagen sofort!
- Für eine Energiewende: Einsparung und rationelle Verwendung von Energie, Einsatz von Wind- und Sonnenenergie

Um diese Position wieder mehr in die Öffentlichkeit zu bringen:

Demonstration am Samstag, 24. April, von Bergedorf über Geesthacht nach Krümmel

9.30 Uhr Treffen am S-Bahnhof in Hamburg-Bergedorf.
Demo mit Redebeiträgen, Musik und Theater in Bergedorf

10.30 Beginn der Fahrrad-Demo nach Geesthacht
10.30 Parallel Treffen am Fährhaus in Tespe, Fahrraddemo nach Geesthacht

11.30 Treffen an der Hauptpost in Geesthacht
Hier vermischt sich die Demo mit anderen Fahrradgruppen und hoffentlich vielen FußgängerInnen. Mit Redebeiträgen, Musik und Theater. Anschließend zu Fuß Demo zum AKW.

13.30 **AKW Krümmel: Abschlußkundgebung**

Arbeitskreis Schutz vor MOX - Sofortausstieg!

Kontakt: GAB, Nernstweg 32, Altona, Tel. 3909222

Veranstaltungen zum Tschernobyltag:

Tschernobyl-Veranstaltung: Alla Jaroschinskaja, Journalistin aus der Ukraine, berichtet über die Folgen der Reaktorkatastrophe und die aktuelle Lage,
am 21.4., 19.00 Uhr, im Hamburg-Haus Eimsbüttel, Doormannsweg 12.
Von Arbat e.V. und GAL-Nord.

Infoveranstaltung zu: Leukämie in Krümmel, Pfuscharbeiten in AKWs, Zwischenlager Gorleben und "Energiekonsens".
Am 25.4. um 20 Uhr im LoLa, Lohbrügger Landstr. 8. Von BI Bergedorf

Film: "Ich habe den Reaktor bedient" (Tschernobyl) mit dem Regisseur Jörg Altekruse.
Am 26.4. um 20 Uhr im Laden "Der andere Weg", Moorende 29, Hamm.
Von Tschernobylgruppe Hamm-Horn

Schluß, aus und kein Ende

Die Staatsanwaltschaft geht in Revision gegen den Freispruch von Ralf und Knud

Nach 57 Prozeßtagen wurden am 8. März 93 nach über einem Jahr Prozeß und einem halben Jahr Untersuchungshaft Ralf und Knud freigesprochen. In dieser "never ending story" bleiben die vier Beamten vom Landeskriminalamt (LKA) trotz aller aufgedeckten Widersprüchlichkeiten bei den gelogenen Anschuldigungen, Ralf und Knud bei einem Anschlag auf Bahngleise gesehen zu haben. Der alte Anti-Anti-AKW-Richter Selbmann und das nach außen erscheinende "liberale" Gericht sprachen nun aber nicht deshalb frei, weil die Unschuld Ralf und Knuds und damit die Lügenkonstruktionen des LKAs bewiesen sei, sondern lediglich, weil die LKA-Zeugen "schlecht gearbeitet" haben. Bei konstruierten "Spuren" und "Beweisen" wäre das Gericht durchaus verurteilungsbereit.
Dies in den Medien als skuriler "Plattenleger"-Prozeß verkaufte Verfahren sollte nun endlich zu Ende gehen? Denkste! Schon nach wenigen Tagen legte die Staatsanwaltschaft Itzehoe Revision ein. Dies bedeutet nun, wenn der Bundesgerichtshof zu dem Schluß kommt, der Prozeß wurde nicht "rechtmäßig" geführt, fängt die Prozedur von vorne an. Neben der konsequenten Weiterführung der "Gesinnungsanklage" gegen Ralf und Knud - die Staatsanwältin hat keinerlei Beweise, beharrt aber auf der Schuld der beiden - verhindert die Revision vor allem, daß der Freispruch rechtskräftig wird.
Das heißt Zeitgewinn für den Innensenator Hackmann, den Senat und ihrer Hamburger Staatsschützer im LKA, die sich nach dem Freispruch, den Forderungen nach politischen Konsequenzen stellen müssen. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß (PUA), den die GAL beantragt hat, kann nun leicht abgelehnt werden. Wohl gemerkt, hat es in Hamburg noch nie einen PUA zu Polizeiübergriffen gegeben! Es wird dann lediglich eine Behandlung im Innenausschuß geben, indem die Innenbehörde nicht verpflichtet ist, alle Akten offen zu legen und umfassend Auskunft zu geben. Es steht für den Senat und seinem Staatsschutz viel auf dem Spiel.
Die Hintergründe der rechtswidrigen Observation von Ralf und Knud sind immer noch nicht ganz aufgeklärt. Klar ist nach Herausgabe der Observationsakte nur, daß die LKA-Beamten Knud verwechselt haben und die beiden dann als "Rote-Flora-Aktivisten" das "Plattenlegen" andichteten. Die ursprüngliche Zielperson sollte observiert werden, da sie pauschal in ein vom Staatsschutz konstruiertes "RAF-Umfeld" eingeordnet wurde, weil sie politische Gefangene besuchte und Solidaritätsarbeit organisierte.
Dieses sogenannte Raf-Umfeld wird immer dann von den staatlichen Verfolgungsbehörden erdacht, wenn sie Menschen kriminalisieren wollen, die sich mit politischen Gefangenen und ihren Prozessen beschäftigen und mit ihnen solidarisieren, indem sie zum Beispiel ihre Zusammenlegung fordern. Die Aushorchung, Observation und Bespitzelung geht dabei in weite Kreise des ausgemachten Spektrums.
Nur selten wurden die als "Skandal" bezeichneten Fälle aufgedeckt, in denen zum Beispiel Greenpeace und amnesty international vom LKA 3 überwacht wurden. Wie alltäglich jedoch diese Praxis ist läßt sich an dem Verfahren von Ralf und Knud ablesen. Das Vorgehen vom LKA ist dabei alles andere als perfekt gewesen. Die mißglückte Konstruktion Ralf und Knud erst als "Flora-Aktivisten", dann als "dumme Jungen" zu kriminalisieren, ist der entscheidende Widerspruch gewesen, um den Freispruch zu erreichen,. Der Versuch die beiden mit "RAF-Umfeld" und §129a zu verfolgen war dem LKA offensichtlich nicht opportun. Schließlich waren die Lügen der vier LKAler eher eine spontane Aktion, und das gesamte Konstrukt schlecht abgesichert, so daß nach Beginn der Solidaritätsarbeit Schadensbegrenzung oberstes Ziel war, dem das Gericht konsequent gefolgt ist.
Nun wird es darauf ankommen, das Verfahren gegen Ralf und Knud nicht als Einzelfall oder einmaligen spektakulären "LKA-Patzer" darzustellen, sondern den alltäglichen politischen und rassistischen Polizeistrukturen aktiv etwas entgegenzusetzen und reale Konsequenzen, die Erleichterung für die Betroffenen bedeuten, umzusetzen. Das "Bündnis gegen Staatsgewalt" könnte dafür eine Möglichkeit bieten und braucht noch viel Unterstützung!

Hackmann – fünf Jahre sind zuviel !

Presseerklärung des BÜNDNIS GEGEN STAATSGEWALT

Am 7. April 93 entscheidet der Hamburger Senat über die Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Die GAL hat diesen aus der Konsequenz des Verfahrens gegen Knud Andresen und Ralf Gauger beantragt.

Beide sind am 8. März 93 freigesprochen worden. Damit wurde ein Prozeß beendet, der ein weiteres Schlaglicht auf die Praktiken der Hamburger Polizei, insbesondere der Hamburger Staatsschutzabteilung wirft.

Durch eine kontinuierliche und zähe Öffentlichkeitsarbeit konnte dieser Freispruch errungen werden.

Im Prozeßverlauf entstand ein TrägerInnenkreis, um die Freispruchsforderung zu unterstützen. Das Bündnis setzte sich aus verschiedenen gesellschaftlichen Spektren u. a. aus Pax Christi, der BAG Kritische PolizistInnen, Hochschulgruppen, der Kriminologischen Initiative, der Roten Flora, der Soligruppe Ralf und Knud und der Redaktion spreng-sätze zusammen.

Wir gehen davon aus, daß der Parlamentarische Untersuchungsausschuß abgelehnt wird, weil der Hamburger Senat eine Offenlegung der Praktiken seiner Staatsschutzabteilung und notwendige strukturelle und personelle Konsequenzen verhindern will. Es hat in Hamburg noch nie einen Parlamentarischen Untersuchungsaschuß zu Polizeiübergriffen gegeben! Es wird die Aufgabe der demokratischen Öffentlichkeit sein, politische Konsequenzen durchzusetzen.

Daß die Staatsanwaltschaft Itzehoe mittlerweile Revision gegen den Freispruch von Ralf Gauger und Knud Andresen eingelegt hat, obwohl sie selbst Freispruch beantragt hat, bewerten wir als taktisches Manöver, um das Urteil nicht rechtsgülig werden zu lassen und "Gras über die Sache wachsen zu lassen". Nun wird sich wahrscheinlich der politisch verantwortliche Innensenator Hackmann um die längst überfälligen Konsequenzen, nicht nur aus diesem Verfahren, herumdrücken, da er nicht "in ein schwebendes Verfahren eingreifen könne".

Bei unserer Arbeit zu den Hintergründen des Verfahren sind gelangte das Bündnis zu der Ansicht, daßdas "Strafregister" von Hackmann und den Staatsschutzeinrichtungen lang genug bzw. zu lang ist, um es weiter ertragen zu können.

Als herausragende Ereignisse unter der Federführung Hackmanns, der seit Mai 1988 Innensenator ist, sind zu nennen:

- Gründung des Hamburger LKA

- Aufbau der E-Schichten

- Aufstockung der Bereitschaftspolizei

- Aufstellung von speziellen Festnahmetrupps bei Demonstrationen

Zusätzlich ist seit 1.8.91 das Hamburger Polizeigesetz neu gefaßt worden, daß die Polizei, insbesondere das LKA 3, mit besonderen Überwachungs"rechten" ausstattet.

Es kam immer wieder zu "spektakulären Übergriffen", bei der sich die E-Schicht der Revierwache 16 (Schanzenviertel) hervortat. So wurde bei einem Einsatz der E-Schicht vor der Roten Flora ein Mensch verhaftet, auf der Polizeiwache zusammengeschlagen und lebensgefährlich verletzt. Daraufhin wurde Amnesty International auf die "Aktivitäten" der E-Schicht in der Lerchenstraße aufmerksam. Mittlerweile sind über 80 Anzeigen gegen Beamte dieser Schicht erstattet worden.



Beispielhaft für das Vorgehen des LKA 3 (Abteilung "Linksextremismus und Terrorismus") ist das Verfahren gegen Ralf und Knud. Weitere Beispiele sind die Überwachung von Gruppen, wie z.B. amnesty international, Robin Wood und Greenpeace, die Einschleusung einer verdeckt arbeitenden Polizistin in das Stadtteilzentrum Rote Flora. Unter dem Pauschalvorwurf "RAF-Umfeld", baute sich die Hamburger Staatsschutzabteilung eigene Dateien auf, in denen bereits 1988 die persönlichen Daten von 2200 Menschen abgespeichert waren. Dies war auch der Ausgangspunkt für die rechtswidrige Observation von Ralf und Knud.

Forts. S. 23

Sexuelle Gewalt gegen Kinder

Seit einigen Wochen setzen sich verschiedene Menschen und Gruppen mit dem Thema "Sexueller Mißbrauch von Kindern" auseinander. Anlaß dafür ist der konkrete Vorwurf gegen einen Mann der links-alternativen Szene, sexuelle Gewalt gegenüber einem knapp zweijährigen Mädchen verübt zu haben. Schon anhand der Bezeichnung "Sexueller *Mißbrauch*" (gibt es auch einen *Gebrauch*?) wird deutlich, daß es sich um ein gesellschaftliches Tabu-Thema handelt (auch und gerade in linken Zusammenhängen). Wir, die Zeitungs-Redaktion, haben selber erst angefangen, uns damit auseinanderzusetzen und konnten daher noch keinen eigenen Beitrag schreiben. Dies wird nachgeholt, das Thema wird uns sicherlich noch länger beschäftigen. Wir haben uns aber entschieden, einige "vorläufige" Diskussionsergebnisse abzudrucken: Zwei Beiträge des Plenums "Sexualiät und Herrschaft" sowie ein weiteres Flugblatt ohne Angabe der VerfasserInnen. Außerdem veröffentlichen wir eine kurze Stellungnahme "einiger Menschen vom Café-Döse Plenum", eine vom Buchladen "Café & Buch" erstellte Bücherliste sowie einen Veranstaltungshinweis zum Thema.

Zum Flugblatt "Achtung! Sex. Gewalttäter..."

Zwei Stellungnahmen des Plenums Sexualität und Herrschaft

I.

Im Schanzenviertel werden zur Zeit Flugblätter verbreitet, in denen die anonymen VerfasserInnen einem Mann aus linken Zusammenhängen sexuelle Gewalt gegenüber einem 20 Monate alten Mädchen vorwerfen. Auf den Flugblättern werden eine Photographie des Mannes, sein Name, seine Adresse und Telephonnummer veröffentlicht. Zum Boykott eines Szeneladens wird aufgerufen. Um voyeuristische Bedürfnisse nicht zu befriedigen, die körperliche und seelische Integrität des betroffenen Mädchens zu wahren, und mit der Begründung, sexuelle Gewalt sei keine Glaubensfrage, wird der Vorwurf der sexuellen Gewalt nicht konkretisiert.

Gewalt in sexueller Form von Männern gegenüber Mädchen ist Ausdruck eines doppelten Machtverhältnisses: dem patriarchalen von Männern gegenüber Frauen und dem von Erwachsenen gegenüber Kindern. Die sogenannte linke Szene steht nicht außerhalb dieser Machtverhältnisse, auch innerhalb ihrer Strukturen und Beziehungen wird diese Gewalt von Männern ausgeübt. Es ist deshalb notwendig Formen der Reaktion auf solche Gewalt zu entwickeln außerhalb des Strafrechts, das in erster Linie der Durchsetzung staatlicher, patriarchaler Herrschaft dient. Wir unterstützen die VerfasserInnen des Flugblattes darin, eine Auseinandersetzung über den Umgang mit Kindern und - nicht allein sexueller - Gewalt Erwachsener gegenüber Kindern einzufordern. Die konkrete Form, in der dies geschieht, kritisieren wir aber.

Es ist für Außenstehende, die keine persönlichen Kontakte zu dem betroffenen Mädchen und seinem Umfeld haben, unmöglich aufgrund des Flugblattinhalts nachzuvollziehen, wie es zu dem Vorwurf der sexuellen Gewalt kommt. Ein Mechanismus zur Aufrechterhaltung patriarchaler Herrschaft ist, Frauen die Glaubwürdigkeit abzusprechen, wenn sie konkret männliche Gewalt benennen. Dieser Mechanismus wird nur durchbrochen, wenn konkrete Vorwürfe ernstgenommen werden. Es reicht aber nicht aus, wenn anonym die Behauptung aufgestellt wird, jemand sei ein "sexueller Gewalttäter", ohne diese Behauptung auf irgendeine Weise plausibel zu machen. Dazu bedürfte es nicht voyeuristischer Beschreibungen der Gewalt, was zu Recht abgelehnt wird, sondern lediglich einer genauen Darstellung des Prozesses, in dem der Vorwurf entstand und nachgeprüft wurde, sodaß er von anderen nachvollzogen werden kann. Die VerfasserInnen des Flugblattes verwenden den Vorwurf der sexuellen Gewalt dagegen auf eine so unbestimmte Art und Weise, daß den LeserInnen nichts anderes übrig bleibt, als zu glauben oder nicht zu glauben. So betreibt die Aktion selber, was sie kritisiert: "(...) die sexuelle Gewalt wird zur Glaubensfrage (...)". All das, woran eine notwendige Auseinandersetzung in der Szene über einen konkreten Fall sexueller Gewalt anknüpfen könnte - z.b. die Strukturen, in denen sie stattfand, in welchem Zeitraum sie unentdeckt blieb, wie der Mann und das Umfeld des Kindes reagierten und mit welcher Begründung - bleibt unbenannt oder hinter wirren Andeutungen völlig unklar.

Wir kritisieren diesen unsorgfältigen Umgang mit dem Vorwurf der sexuellen Gewalt, weil er dadurch zu einem abstrakten Etikett wird und deshalb nur ignoriert werden kann ("wer weiß...?") oder moralische Empörung und Ausgrenzungsphantasien mobilisiert ("so eine Ungeheuerlichkeit...!"). Das aber sind genau die herrschenden Verarbeitungsmechanismen patriachialer Gewalt im Strafrecht und in den meisten bürgerlichen Medien. Die Auseinandersetzung darüber, wie Gewalt Erwachsener gegenüber Kinder in der Zukunft verhindert oder verringert werden kann, wird dadurch nicht befördert.

Die öffentliche Ausgrenzung des sog. "Sex. Gewalttäters" und der Boykott seines Umfeldes lehnen wir auf dieser Grundlage ab. Die Freigabe seiner "physischen + psychischen Integrität" für Verletzungen durch Veröffentlichung von Bild, Adresse, Telefonnummer aufgrund eines Vorwurfes, dessen Entstehen und Umstände nicht genannt werden, bleibt nicht nur weit hinter der Vorsicht zurück, über die im Umgang mit Spitzelvorwürfen in der Szene Konsens besteht. Ein solcher Umgang mit dem Vorwurf erinnert auch an Inquisitionsverfahren und bleibt deshalb sogar hinter Mindestgarantien *herr*schaftlichen Straf*rechts* zurück.

(Hamburg, den 2.3.93)

II.

"...keinen Raum in unserem gesellschaftlichen Leben..."
Wo leben wir, welcher Raum ist gemeint?
Hat die "Szene", in der wir leben, nicht eigentlich den Anspruch - anders als die bürgerliche Gesellschaft - Auseinandersetzungen zusammen und offen zu führen? Öffentlichkeit in der Szene, die das Kollektiv als aktive Auseinandersetzung betrachtet.
Ich/wir als Teil der "Szene" fühle mich umgangen, wenn als erste Veröffentlichung ein Steckbrief serviert wird, der desweiteren nur einen allgemeinen Abriß zum Thema sexuelle Gewalt beinhaltet.
Ich/wir werde nicht miteinbezogen, eine problematische Situation aktiv mit zu beleuchten zu problematisieren, zu lösen.
Ich darf mir nicht aktiv Gedanken machen, ich darf nicht nach Mitteln suchen, die ich für angebracht halten könnte.
Ich darf, genauer: muß mich von einem Steckbrief konfrontieren lassen, der hauptsächlich geeignet ist, in jeder/m niedere Instinkte anzusprechen. Ohne andere Schritte in die Öffentlichkeit bleibt ein schaler Geschmack.
Wird denn auf diese Weise inhaltlich über sexuelle Gewalt im allgemeinen und hier im besonderen geredet, sich auseinandergesetzt? Der Abdruck einer Telefonnummer fordert eher auf, Terror zu machen, der Abdruck aller anderen Daten die unausgesprochene Forderung, aus dem Täter nun wirklich ein Opfer werden zu lassen.
Nur Reaktion, aber keine aktive Auseinandersetzung wird der Leserin/dem Leser mithilfe der Flugblattlektüre ermöglicht. Informationen, die jenes ermöglichen könnten, werden nicht gegeben, nicht mal eine Möglichkeit, einen Kontakt herzustellen, um sich auseinanderzsetzen zu können. Häppchenweise und springerstilmäßig werde ich durch eine ungeordnete Liste von Ungereimtheiten aufgewiegelt.
Es geht nicht um Voyeurismus, der zu einem Urteil über die "Tat" führen soll. Miteinbezogen zu werden als "Szene" müßte bedeuten, sich an der Auseinandersetzung bei diesem Tabuthema beteiligen zu können. Auch das 2. Flugblatt verlangt aber nur Boykott oder/und persönlichen Täterterror, eben nicht nur die politische, auch die persönliche Liquidation einer "Szenefigur".
Wer aktiv nachfragt, um sich aktiv zu beteiligen, ist schon auf der Seite des Täters? Obwohl mehrmals im Flugblatt angesprochen, bietet es keinen Anhaltspunkt dafür, daß sich öffentlich auseinandergesetzt werden könnte. Bei einem so wichtigen Thema wie "Wie gehen wir mit Tätern in den eigenen Reihen um" wäre ein früherer Schritt in die "Szene"-Öffentlichkeit sinnvoller gewesen.
Anstatt angesprochen zu sein, sich an der Auseinandersetzung aktiv zu beteiligen, wird mit dem Flugblatt jedoch Wut oder Rat- und Hilflosigkeit losgetreten. Denn die/der LeserIn fühlt sich eher als blindeR BefehlsempfängerIn, aber eben nicht als aktiveR DiskussionsteilnehmerIn angesprochen.
Patriarchale Strukturen in der Szene / Alkoholismus / Umgang mit (sexueller) Gewalt / Mann/Frau und das Tabuthema Sexualität im allgemeinen und besonderen Täterschaft innerhalb der Szene:
Dies alles sind sehr wichtige Themen, teilweise stark ineinander verwoben. Seit Jahren wird eine Auseinandersetzung darüber nur halbherzig bis gar nicht betrieben. Aktive Vorfälle ticken sie an (z.B. Lesben-SM-Ausstellung im Hafen, Comic-Ausstellung in der Flora), politische Umstände lassen sie abbrechen (Bedrohung des Hafens, Parkräumung) und alle Beteiligten scheinen froh darüber.
Die immer wieder erneut laufende Tabuisierung verlangt Schritte zu einer "Lösung" (wenn diese denn unter den gegebenen gesellschaftlichen Umständen überhaupt "grundsätzlich" erreichbar ist).
Ein diffuses, verwirrendes Flugblatt mit Rundumschlag-Mentalität, welches die/den LeserIn nur als Objektmasse dastehen läßt, verhindert eine generelle Auseinandersetzung. Diese sollte aber im Vordergrund stehen. Es ist zu hoffen, daß diese angeregt wird und beginnen kann. Aber mit dem Anspruch, die "Szene" als aktive, agierende Menschen daran zu beteiligen.

plenum sexualität & herrschaft
montags ab 20 uhr
brigittenstr. 5 (hinterhof/kino)

SEXUELLER MISSBRAUCH

Vor inzwischen mehreren Monaten wurde "in der Szene" ein damals knapp zweijähriges Mädchen von einem Mann sexuell mißbraucht.

KINDER ALS OPFER

Für uns steht außer Frage, daß dies Fakt ist. Wenn Kinder (auch wenn sie noch nicht sprechen können) etwas in Richtung sexuellen Mißbrauch andeuten, zweifeln wir dies nicht an, sondern nehmen es ernst und gehen davon aus, daß es stimmt. Kinder denken sich so etwas nicht aus. Auch und gerade bei Kindern gilt: Nicht das Opfer muß etwas "beweisen" - wenn überhaupt muß der Verdächtige/Täter den "Gegenbeweis" antreten. So gehen inzwischen die meisten von uns an Vergewaltigungen von Frauen ran - so muß bei Kindern, die noch wehrloser als Frauen sind, erst recht rangegangen werden. Menschen, die Kinder sexuell mißbrauchen, rechnen ja auch gerade damit, daß den Kindern nicht bis zur letzten Konsequenz geglaubt wird! (In diesem Punkt muß sich jede/r Einzelne selber hinterfragen, warum er/sie Aussagen eines Kindes mehr anzweifelt, als die eines Erwachsenen...)
Da wir aber auch alle in dieser Gesellschaft erzogen worden und leben und der Verdacht des sexuellen Mißbrauchs so "ungeheuerlich" ist, geht mensch mit Kind zur allerletzten Sicherheit nochmal zu einer Beratungsstelle. In diesem Fall würden die letzten Zweifel dadurch ausgeräumt - die Kompetenz einer Beratungsstelle über sexuellen Mißbrauch stellen WIR nicht in Frage!

WIE VERHINDERN

Daß einem Kind erst Gewalt angetan werden mußte (hoffentlich nicht mehr muß), bevor das Umfeld reagierte ist bittere gesellschaftliche Realität, die wir aufbrechen müssen. Wenn mensch gewisse Äußerungen und Verhaltensweisen des Täters ernst genommen hätte, wäre dieser Mißbrauch vielleicht zu verhindern gewesen. Dazu gehört ein bestimmtes Wissen über Anzeichen von sexuellem Mißbrauch, Sensibilität und Aufmerksamkeit und auch, die eigenen Gefühle ernst zu nehmen wenn eine/r etwas "komisch" findet. Dazu gehört auch, daß wir die Bereitschaft haben müssen uns intensiv miteinander über unsere Fehler und Probleme (z.B. Drogenkonsum) auseinanderzusetzen, besonders wenn wir gemeinsam die Verantwortung für ein Kind übernehmen (wollen).

NICHTVERHALTEN UND RATLOSIGKEIT

Obwohl Einzelne/Gruppen, auch wir, zumindest punktuell von dem sexuellen Mißbrauch wußten, ist von keiner nicht direkt betroffenen Seite reagiert worden. Die diesbezügliche Kritik ist mehr als berechtigt! Durch unser Nichtverhalten bis heute haben wir - wenn auch unbewußt- genau den gesellschaftlichen Umgang mit sexuellem Mißbrauch an Kindern reproduziert: Schutz des Täters durch nur bedingtes Vertrauen auf die Aussagen des Kindes und "Privatisierung" des Umgangs damit. Wir haben erwartet, daß die direkten Bezugspersonen des Kindes und des Täters (er war Miterzieher des Mädchens) die Auseinandersetzung führen und öffentlich machen.
Wir haben geglaubt, daß nur sie sich erstmal zu dem Mißbrauch verhalten und äußern können, weil sie es am "genauesten" wissen. Wir haben erst (zu) spät erkannt, daß dies nicht oder nur sehr schwer gehen kann: Gerade weil die Miterziehenden und die FreundInnen so direkt betroffen sind, können sie nicht einfach den Mißbrauch benennen und den Umgang mit dem Täter klarstellen. Dies wäre uns in der Situation wesentlich leichter gefallen, weil wir mehr Distanz zu dem gesamten Beziehungsgeflecht der Miterziehenden haben. Wir müssen eine Auseinandersetzung über sexuellen Mißbrauch viel früher zu unserer eigenen Sache machen! Nur so können wir einer Diskussionsform, wie sie jetzt läuft (nämlich: Gerüchte, gegenseitige Beschuldigungen statt Auseinandersetzungen derer, die sehr wohl dem Kind glauben) entgegensteuern.



Zeichnung eines sexuell mißbrauchten Kindes: Der rauchende Schornstein unten links symbolisiert spritzendes Sperma. Dieses Motiv taucht bei Zeichnungen mißbrauchter Kindern immer wieder auf.

DER UMGANG MIT DEM TÄTER

Menschen, die ein persönliches Interesse an dem Täter hatten, haben versucht, mit ihm über den Mißbrauch an dem Mädchen zu reden: Er streitet nach wie vor alles ab. Vor allem in dieser Situation finden wir es richtig und angemessen, ihn in Form eines Steckbriefes aus der Anonymität herauszureißen. Es gibt bei sexuellem Mißbrauch an Kindern keinen "Ausraster" - es muß überall Mißtrauen gegen diesen Mann geweckt werden. Mißbrauch an Kindern gibt es eben nicht nur in "gestörten" Familien, sondern auch in unserer "sauberen" Szene. Solche Menschen müssen aus ihrem gesamten Bezugsrahmen rausfliegen. Sie sollen Schwierigkeiten in der Nachbarschaft, auf der Arbeit und gerade auch in ihrem politischen und persönlichen Umfeld haben. Die Ausgrenzung und Isolation des Täters dient einerseits dazu, durch die Bekanntmachung seiner Person den Schutz von anderen, v.a. Kindern aber auch Erwachsenen, eher zu gewährleisten. Er darf nirgends hinkommen können, ohne daß die Betreffenden wissen, wer er ist.
Andererseits soll auf diese Weise massiver Druck auf ihn ausgeübt werden, daß er sich mit seiner Tat auseinandersetzen muß.
Was das aber (seine Auseinandersetzung) für den weiteren Umgang mit ihm heißt, da können wir bislang nur verschiedene Ansätze skizzieren, da wir uns noch mitten in der Diskussion befinden, wobei Frauen und Männer auch noch mal ganz unterschiedliche Ausgangspunkte haben.

Ansätze:
- Wie, wo und mit wem der Typ sich letztlich auseinandersetzt ist erstmal nicht unser Problem (uns = Szene/Umfeld). Wir sind uns dessen bewußt, daß die Veränderung eines Menschen, der Kinder sexuell mißbraucht, wohl Jahre dauert, so daß unser Verhalten nur auf eine totale Ausgrenzung hinauslaufen kann.
- Es muß grundsätzlich die Möglichkeit bestehen, daß der Typ sich auch innerhalb der "Szene" mit seinem Verhalten auseinandersetzt, sofern es Leute gibt, die sich eine Auseinandersetzung mit ihm vorstellen können. Diese Möglichkeit nicht offenzulassen, hieße verantwortungslos zu handeln, da der Typ sich dann in eine andere Stadt oder auch nur einen anderen Stadtteil verpissen kann und die Gefahr der Wiederholung des Mißbrauchs groß ist. Auseinandersetzung mit dem Täter heißt, mit klaren Forderungen (z.B. Therapie) an ihn heranzutreten bzw. sich auf ihn einzulassen und einen Rahmen für die Möglichkeiten des "Miteinander mit ihm" festzulegen. Wenn sich Einzelne aus der "Szene" in der Lage sehen, sich in dieser Form mit ihm auseinanderzusetzen, heißt das nicht, daß er deswegen irgenwo wieder reinkäme (außer eventuell Männergruppen).
- Für uns gibt es zur Zeit noch jede Menge offene Fragen. Die entscheidendste ist wohl, ob solche Fragen wie: "Umgang mit Tätern" überhaupt von Männern und Frauen gemeinsam geklärt werden können.
Besonders bei einigen Männern, die an dieser Diskussion beteiligt sind, gibt es an der Frage "Umgang mit Tätern" viele Unsicherheiten, zum Teil weil die Diskussion zwischen Männern bisher auch gefehlt hat. Es tauchen die verschiedendsten Fragen auf: Zum Beispiel, was heißt das, die Auseinandersetzung mit Tätern führen für diejenigen, die das tun oder Auseinandersetzung der Männer mit sich selbst als Tätern.
- Auch die Diskussion "Umgang mit Tätern" muß überall laufen!

UNSERE EIGENE VERANTWORTUNG

Ein Steckbrief läßt immer die Frage des direkten Umgangs mit der darauf genannten Person offen (aufs Maul hauen, ausgrenzen, ansprechen). Dabei muß jede/r bei sich selber gucken, daß sie/er verantwortlich damit umgeht. Ein Steckbrief schließt auch die Gefahr wildwuchernder Gerüchte mit ein ("ich glaub', ich hab ihn da und dort gesehen"). Wir fordern alle auf, auch in diesem Punkt verantwortungsbewußt zu sein: Wer sich unsicher ist, ob dies der Typ von dem Foto ist, sollte ihn oder die Umstehenden ansprechen und nicht hinter vorgehaltenenr Hand neue Gerüchte produzieren: Denn es geht nicht um den einen Täter, dessen Veröffentlichung Mittel zum Schutz ist. Es geht vielmehr darum, eine ernsthafte und konkrete Auseinandersetzung über sexuellen Mißbrauch zu führen, um ihn von vorneherein (zumindest in unseren Strukturen) zu verhindern!

Hamburg, März 93

Ursprünglich sollte an dieser Stelle eine Stellungnahme von einigen Menschen aus dem Café Döse-Plenum zum Thema "Sexueller Mißbrauch an Kindern - Umgang mit den Tätern - Steckbrief" erscheinen. Jetzt (22.3.93) ist ein Flugblatt erschienen, das im wesentlichen auch unsere Diskussionen wiedergibt. Wir wollen aber noch einen Punkt hinzufügen, den wir für die inhaltliche Auseinandersetzung wichtig finden: Männer beschäftigen sich in der Regel mehr mit weiblichen Opfern als mit ihren gewalttätigen Geschlechtsgenossen, denn der Kontakt mit Mißbrauchern konfrontiert Männer mit eigenen Täteranteilen. Verlangt eine Auseinandersetzung mit der eigenen geschlechtsspezifischen Sozialisation, die nur wenige bereit sind einzugehen.

Einige Menschen vom Café Döse-Plenum

SEXUELLE MISSHANDLUNG

Gewalt gegen Kinder (speziell sexuelle Gewalt) ist auch in unserer "Szene" ein Tabu.
Im Moment wird aufgrund verschiedener Vorfälle verstärkt darüber gesprochen. Allerdings fehlt uns allen eine echte Diskussionsgrundlage. Um diese Lücke zu schließen, wollen wir eine Veranstaltung zur Information über sexuelle Mißhandlung machen, bei der es erstmal um ganz grundsätzliche Fragen gehen soll.
- Was ist eigentlich sexuelle Mißhandlung und wo fängt Mißhandlung an?
- Wie kann mann/frau erkennen, daß Mißhandlung stattfindet bzw. stattfand?
- Was ist zu tun, wie können/müssen wir auf Mißhandlung reagieren?
- Wie kann Mißhandlung verhindert werden?

Eine Veranstaltung mit einer Referentin von Zündfunke e.V. (Beratungsstelle), Film und Diskussion in der Roten Flora am 20.4.93 um 20 Uhr.

Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Zum Thema: Sexueller Mißbrauch

Zart war ich, bitter war's

Das Buch gibt praktische Anregungen für Eltern, Pädagogen... und alle die mit Kindern leben. Es geht um den sexuellen Mißbrauch an Jungen und Mädchen, und thematisiert dabei explizit die bundesrepublikanischen Verhältnisse. Neben Analysen von Fallbeispielen bietet das Buch insbesondere eine Anleitung zur Hilfe.
Enders, Ursula
Volksblattverlag, DM 39,80



Schön & Blöd

Das ist ein Bilderbuch über schöne und blöde Gefühle, wir denken das es mit kids ab vier Jahren gemeinsam angeschaut/gelesen werden kann.
Anhand von vielen Alltagssituationen wird dargestellt, wie vielschichtig Gefühle sind, die ein und derselben Person entgegen gebracht werden. Omas Knutschküsse sind eklig, aber sie kann wunderschön vorlesen; Mama ist die liebste Frau der Welt, aber manchmal ist sie völlig entnervt, und haut mit ihrem Lover ab. Oder es geht darum, was welche(r) mag, und was nicht. Für einige ist es schön immer zu kuscheln, andere wollen lieber alleine sein.
Ein Buch, das zeigt: Es gibt ein Recht auf Gefühle, und das es richtig ist, sie zu zeigen und zu benennen. Schön bunt ist es auch noch!
Enders, Ursula u. Wolters, Dorothee
Volksblattverlag, DM 24,80



Das große und das kleine NEIN

Diese Bildergeschichte macht Mut zum Nein sagen in verschiedenen Situationen, und auch dazu, laut zu werden, wenn ein kleines Nein überhört und nicht ernst genommen wird. Das Buch empfehlen wir für kids ab 4 Jahren.
Im Innenteil ist noch ein Begleittext für die großen.
Braun, Giesela u. Wolters, Dorothee
Verlag an der Ruhr, DM 9,80



Gegen unseren Willen

In diesem Buch wird minutiös die Geschichte und Zementierung männlicher Macht und Herrschaft mittels sexueller Gewalt - Vergewaltigung, Kriege, Progrome, Polizeiakten, Gefängnisse, Mythen über Täter und Opfer - unter die Lupe genommen und interpretiert. Aktuell wie beim ersten Erscheinen des Buches 1980.
"Es ist meine Absicht gewesen, in diesem Buch der Vergewaltigung ihre Geschichte und Vergangenheit zu geben. Jetzt müssen wir ihr die Zukunft verweigern!"
Brownmiller, Susan
Fischer, DM 14,80

DONNA VITA

Materialien gegen sexuellen Mißbrauch.
Das ist eine Zusammenstellung von Sachbüchern, Broschüren, Theaterstücken, Romanen, Biographien, und Arbeitsmitteln zum Problemkreis sexueller Mißbrauch und angrenzenden Themenbereichen.
Mebes, Marion
Donna Vita, Schutzgebühr DM 5,-

Katrins Geheimnis

Eines Tages wird Nina Zeugin einer seltsamen Begegnung zwischen Katrin und ihrem Bruder. Sie ist verwirrt und macht sich Sorgen. Aber Katrin schweigt, doch Nina läßt nicht locker.
Katrins Geheimnis ist geeignet zum alleine oder gemeinsam Lesen. Das Buch handelt von sexuellen Übergriffen, diesmal durch einen älteren Bruder.
Wir empfehlen dieses Teil für Zehn- bis Vierzehnjährige.
Mebs, Marion u. Wagendristel, Eva
Donna Vita, DM 16,80



Gute Nacht Zuckerpüppchen

In diesem Roman erzählt Heidi Glase-Hassenmüller die Geschichte des Mädchens Gaby, das viele Jahre hindurch von ihrem Stiefvater sexuell mißbraucht wird - von ihrem 6. bis zu ihrem 18. Lebensjahr. Diese Geschichte ist authentisch, die Autorin hat sie selbst durchlebt. Sie schreibt zu diesem Buch: "Es ist die Geschichte meiner Jugend, die ich nicht hatte...Ich habe sie für alle Mädchen geschrieben, die sich in der gleichen ausweglosen Situation befinden. Durchbrecht das Schweigen und ruft um Hilfe. Immer wieder, bis man euch hört."
Keine Gute Nacht Geschichte, überzeugend durch die klare, nichts beschönigende Sprache
Heidi Glade-Hasenmüller
Büchergilde Gutenberg

Das sind nur einige der vielen Bücher, die in letzter Zeit zum Thema: Sexueller Mißbrauch erschienen sind. Und welche kann diesen Bereich schon klar begrenzen...
Wenn euch das eine oder andere Buch interessiert, schaut doch einfach mal rein.

CAFE & BUCH
DAS KOLLEKTIV

Sozialhilfe- und Arbeitslosenberatung im Café Döse

Ohne große Beerdigungsreden ist Ende letzten Jahres nach etwa 10 Jahren Arbeit das Café Müßiggang/ Arbeitslosenselbsthilfe Lindenallee geschlossen worden. Es war nur eins von vielen Projekten, die durch die ABM-Streichungen schwer betroffen ihre Existenz nicht länger aufrecht erhalten konnten.
Doch nicht nur die ABM-Kürzungen und damit das mangelnde Geld führten zum Ende - schon lange vor der Schließung der "Linde" diskutierten wir immer wieder um den Sinn und Zweck, den eine Arbeitsloseninitiative noch macht.
Ich weiß nicht, ob ihr euch noch erinnern könnt an eine "Selbsthilfe der Erwerbslosen- und SozialhilfeempfängerInnen" in genau diesem Sinne ihres Titels. Eingebunden in eine Koordination mit anderen Erwerbslosen- und Jobberinis beteiligte sie sich lange Jahre am Kampf gegen Sozialabbau und für die Sicherung eines Mindestexistenzgeldes für jedefrau /-mann. Im Praktischen waren das Ämtertage (Aktionen bei Sozialämtern und beim Arbeitsamt), Nulltarifaktionen (beim HVV, in kulturellen Einrichtungen, in Hallenbädern etc.), Demos oder Demoblöcke zu den DGB-Demos (ach weißt du noch, damals 1.Mai 1985 ?), Büchertische, Volksküchen u.v.m.
Innerhalb des Café Müßiggangs gab es einen alltäglichen Ablauf an Erwerbslosenfrühstücken, Beratungen, Arbeitsgruppen etc., deren Regelmäßigkeit mit bezahlten ABM-Leuten gewährleistet wurde. Natürlich gab es heftige Diskussionen um die "Staatsknete", inwieweit die Initiative ihre Unabhängigkeit verliert usw. Doch in den letzten Jahren hat sich diese Diskussion überholt. Bitter sieht es aus bei den Erwerbsloseninis - mit und ohne Staatsknete: spätestens mit Schließung des Jobberladens Balduinstraße im Januar 1992 war klar, es gibt keine Erwerbslosenbewegung mehr.
Es stellte sich für uns also die Frage, welchen Sinn machen Arbeitslosenfrühstücke und Beratungen noch, wenn es keine Kraft mehr gibt, die auf die Straße und in die Ämter geht? Dem gegenüber steht der radikale Sozialabbau, die Flut von Gesetzesänderungen im Sozialhilfe- und Arbeitslosenrecht, im Ausländerrecht usw., der wir hilflos gegenüber stehen, der wir nichts mehr entgegenzusetzen haben.
So haben wir das Café Müßiggang nach Streichung der Gelder also sang- und klanglos geschlossen. Tschüß, und danke für den Fisch ?
Nun, im Laufe der Zeit hat sich ein Schwerpunkt unserer Arbeit herausgebildet, der zwar die politischen Probleme nicht löst, uns aber dennoch wichtig erschien, und zwar die unabhängige Beratung. D.h. für uns eine Beratung, die unabhängig ist von den Richtlinien, Bestimmungen, Geldgebern der Initiative oder des Vereins. Mit dem "Initiativen-Sterben" aber gibt es kaum noch eben solche Beratungsstellen.
So kamen wir auf die Idee, wenigstens die Beratungen weiterzuführen. In einem anderen Rahmen und unter ganz anderen Bedingungen sitzen wir jetzt also jeden Donnerstag von 15 bis 18 Uhr im Café Döse in der Bartelsstraße und ... ? Ja, was machen wir da eigentlich ? Bislang führen wir die Beratungen so wie wir sie in der Linde gewohnt waren weiter, versuchen einzeln oder gemeinsam Fragen und Probleme zu Sozialhilfe und Arbeitsamtsangelegenheiten zu beantworten und zu diskutieren. Und wir sind für jedefrau und jedermann offen, so wie für jedes Problem aus benannten Bereich.
Doch auch hier stoßen wir schnell an unsere Grenzen. Zum einen sind wir nur sehr wenige und wir suchen Leute, die bei uns mitmachen, damit wir auch weiterhin wenigstens diese wenigen Stunden Öffnungszeit gewährleisten, und bessere und intensivere Beratungen / Diskussionen führen können. Zum anderen schreitet der Sozialabbau unablässig voran, einmal in Form von Gesetzen, aber auch im Verhalten und im Arbeitsablauf der Ämter. Immer wieder stehen wir vor Situationen, wo frau dringend "was tun muß", also wir "müßten mal zum Arbeitsamt, zum Sozialamt und denen die Schreibtische gerade rücken", "müßten uns an die Presse wenden und die diversen Skandale veröffentlichen" etc.
Doch wir sehen uns nicht in der Lage, eine politische Initiative loszutreten, geschweige denn die Erwerbslosenbewegung wieder zu beleben. So stehen wir im Moment bei den individuellen Beratungen und hoffen drauf, daß ihr alle vorbeikommt und uns mit viel Power und Ideen helft, neue Wege zu finden.

Cafe'Döse
jeden Donnerstag von 15 - 18 Uhr

LEGALIZE IT !

Wir wollen in dieser Ausgabe an einzelne Artikel aus den letzten Ausgaben anschließen, die sich mit dem Komplex Drogenabhängigkeit beschäftigten. In dieser und in den nächsten Ausgaben wollen wir die aktuelle Diskussion um die Legalisierung von Herion nachzeichnen Diesmal stellen wir knapp die Versuche des Hamburger Senats und der Stadt Frankfurt vor, unter kontrollierten Bedingungen Heroin an Abhängige abzugeben.

Die Diskussion um die Legalisierung von Heroin und anderen harten illegalen Drogen wird in der BRD erst seit einigen Jahren geführt. Seit einigen Monaten bekam die Diskussion um die Legalisierung von Heroin enormen Rückenwind. Und das aus einer Richtung, aus der ansonsten in Sachen Drogenpolitik wenige
und wenn nur repressive Ansätze kamen, dem Hamburger Senat (Die Bulleneinsätze rund um den Hansaplatz und am Hauptbahnhof, die Räumung des Fixerzeltes auf dem legienplatz sind noch in frischer Erinnerung).

Doch der Antrag ist zunächst vom Tisch. Um eine Abstimmungsniederlage im Bundesrat zu verhindern, wurde der Antrag wieder an die Ausschüsse zurückgegeben, um dort erneut diskutiert zu werden.

Neben dieser Initiative gibt es jetzt in einer weiteren Großstadt einen Vorstoß. Ob diesem der gleiche Mißerfolg beschieden ist, wird sich zeigen.
Anders als in Hamburg verweisen die InitiatorInnen darauf, daß auch ohne eine Änderung des BtmG die Vergabe von Heroin an Abhängige möglich sei. So steht im Paragraphen 3 des gleichen Gesetzes, daß die Möglichkeit besteht, nach streng definierten wissenschaftlichen Kriterien Forschung über das Suchtgift zu betreiben. Deshalb wurde ein Projekt unter Leitung eines Soziologen und eines Pharmakologie Professors ins Leben gerufen, wo 100 abhängigen Versuchspersonen zunächst fünf Jahre unter strenger Beaufsichtigung der Stoff verabreicht wird.

Der Frankfurter Versuch:

Auch in Frankfurt, Drogenmetropole Nummer 1 in der BRD, versucht die Stadt neue Wege im Umgang mit Abhängigen zu finden. So versuchen die InitiatorInnen in einem Schreiben an das Bundesgesundheitsamt (BGA) die Erlaubnis zu bekommen, langjährige, besonders "heruntergekommene" Heroinabhängige, mit dem Stoff versorgen zu können. Der Vorschlag sieht vor, daß Junkies statt zum Dealer zum Stadtgesundheitsamt gehen und sich dort dreimal täglich unter ärztlicher Aufsicht pharmazeutisch hergestelltes Heroin aus England verabreichen zu lassen. Außerdem können sie dort Verletzungen behandeln lassen und sich mit SozialarbeiterInnen abgeben.
Dieser Vorschlag erhielt von vielen Seiten Zustimmung. Neben ExpertInnen stimmten auch diverse PolitikerInnen und einige Spitzen der Frankfurter Bullenführung dieser Idee zu. Diesen ist schon lange klar, daß mit den konventionellen Methoden der "Drogenbekämpfung", also Kriminalisierung und Abstinenztherapie, keine merkliche Veränderung der Situation erreicht werden kann.
Hier spiegelt sich ein langsames Umdenken wieder, daß in den Süchtigen keine Kriminellen sieht, sondern Kranke, deren zunehemende "Verwahrlosung" neue Wege in der Drogenhilfe erfordern

Ausichten auf Erfolg?

Das BGA, das als konservativ gilt, wird ohne eine Änderung der aktuellen Rechtsprechung, also einer vorherigen Änderung des Betäubungsmittelgesetzes, höchstwahrscheinlich alle Anträge auf Forschungsprojekte verwerfen. Die InitiatorInnen des Frankfurter Versuches sind jedoch optimistisch, steht hinter ihnen auch die Macht des Faktischen, und das sind immerhin zehntausende von Abhängigen und zweitausend Tote im Jahr.

Es ist anscheinend nur noch eine Frage der Zeit, bis die vermeintlich fortschrittlichen Ansätze der Herrschenden sich durchsetzen. Fragt man sich nur ob dies aus Menschlichkeit oder aus reinem Kalkül geschieht. Die Kosten-Nutzen Rechnungen spielen dabei eine wichtige Rolle. Wird angenommen, daß der Nutzen einer freien Heroinausgabe gegenüber den Kosten, die durch die illegale Beschafffung entstehen, höher ist, dann werden oben beschriebende Versuche wohl bald in die Tat umgesetzt werden.

Der Vorstoß des nicht gerade fortschrittlich denkenden ersten Bürgermeisters Voscherau, langjährigen Heroinabhängigen vom Arzt verschriebenes Heroin auszugeben, stieß bei den Informierten und Interessierten auf Beachtung. Diese Hamburger Initiative war im Mai 1992 in den Bundesrat eingebracht worden. Voscherau appellierte dabei an die Verantwortung und den Mut der Länder, angesichts der katastrophalen Situation der Heroinabhängigen, neue und unkonventionelle Schritte in der Drogenpolitik zu gehen. Aber erst eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes hätte den Ländern ermöglicht, eben diese neue Wege zu gehen. Der Hamburger Modellversuch sah vor, an 200 Junkies fünf Jahre lang vom Arzt verschriebenes Heroin auszugeben.

Demodrom

Ein Stadion, nur um darin zu demonstrieren? Wer würde auf solchen Schwachsinn kommen? Die SpanierInnen, genauer gesagt die aus der Hauptstadt Madrid.

Demodrom - was für ein seltsames Wort. In der Tat mensch ist perplex. Ein Stadion, gebaut um Demonstrationen abzuhalten.
In Spaniens Hauptstadt Madrid gibt es anscheinend so viele Demonstrationen, daß die Regierenden der Stadt und des Landes darüber nachgedacht haben, eine Fläche für solcherart Regungen zu bauen.
Anscheinend eine notwendige Fläche, denn die durchschnittliche Anzahl der Demonstrationen in Madrid ist recht hoch - so gibt es Tage, an denen 5 oder 6 Versammlungen stattfinden. Demos gegen das Steigen der Löhne von Funktionären etwa, oder welche für die Notwendigkeit der kostenlosen Verteilung von Präservativen. Man sagt mittlerweile, daß die Hauptstadt des Landes auch die Hauptstadt der Demonstrationen geworden ist.

Die Idee eines Demo-Stadions könnte aus einer Satire-Zeitung stammen, sie könnte eine Clownerie ersten Ranges darstellen, wenn die Sachlage nicht so ernst wäre. Also aufgepasst, wenn Politiker beginnen Clowns, zu spielen.

Stellen wir uns mal vor, wie es aussehen könnte, wenn wir demnächst eine Demonstration anmelden wollten. Die AnmelderInnen gehen dann zur Behörde für Inneres und ....



»Wir wollen eine Demo machen, wenns geht am Montag.«

»Oh, am Montag haben wir leider nichts mehr frei, aber am Mittwoch Nachmittag, so um 17.Uhr.«

»Hmh, daß ist schlecht, wir könnten jedoch am Mittwoch um 15.Uhr.«

»Ja, das ließe sich vielleicht machen. Wieviele Menschen wollen Sie anmelden, wie sieht das Motto der Demonstration aus ...«

»Tja, wir wollen für die Demonstrationsfreiheit demonstrieren, sagen wir mal mit ungefähr 250 Leuten.«

»Benötigen sie Toilettenwagen? Demonstrationsordner etc. ...«

»... ach ja, hätten Sie auch einige Polizisten über, die nicht ganz so teuer sind?«

So oder so ähnlich könnten in Madrid demnächst Sondierungsgespräche zwischen Autoritäten der Stadt und BürgerInnen aussehen, die zu einer Demo aufrufen wollen . Nichts ist unmöglich!

Fragen kann man sich nun, warum die entsprechenden Stellen unseres Landes, mit ihrer so demokratischen Tradition, noch nicht auf solch grandiose Idee gekommen sind.

Wir schlagen also vor: Hackmann, Wagner und Voscherau u.a. bilden einen Ausschuß "Demodrom" Hamburg. Hier sei darauf verwiesen, daß die Stadtplaner schon einige Erfahrungen hinsichtlich der Planung und Umsetzung von Großstadien besitzen.

(Text zum kleinen Teil aus Echos de Espana, der Rest dazugedichtet.)

männer



...das Männercafé im Café Döse hat dienstags wieder regelmäßig geöffnet!

Kriegen die Männer es gebacken? Männer-Café im Döse hat wieder auf!

Seit Februar hat das Männer-Cafe im Döse wieder regelmäßig geöffnet. Das Cafe wird von verschiedenen Einzelpersonen und Gruppen getragen, die sich auf unregelmäßigen Plena um den organisatorischen Rahmen kümmern. Diese Plena sind für alle Männer offen. Je eher Du kommst, desto eher kannst auch Du mitgestalten. Bisher gibt es folgende Bedürfnisse und Vorstellungen, die im Cafe Raum haben sollen:

- Austausch von bestehenden Männergruppen
- Kennenlernen von verschiedenen Männern, evtl. zum Aufbau neuer Männergruppen
- Veranstaltungen und Diskussionen
- Cafe zum Klönen
- Infos und Taten in Raten für den bewegten Mann
- Männerfeten
- Verbindung von autonomem Alltag und antipatriarchalen Ansätzen
- ...

Die Hälfte der Zeit soll für einfachen Cafe -Betrieb offen sein, damit aus dem Männer-Cafe' kein reines Veranstaltungszentrum wird und genug Raum zum Austauschen, Klönen und Rumhängen bleibt.
Also: Kommt einfach rein!

Männer-Cafe im Döse
Bartelsstr. 10, HH 36
jeden Dienstag von ca. 17 - 22 Uhr

Männergruppennetz

Aufruf an alle Männerzusammenhänge, -gruppen, -initiativen in und um Hamburg

Wir (das Männer Cafe im Döse) würden gern einen Überblick über alle "männermäßigen" Aktivitäten in Hamburg erstellen.

1. An alle offenen Männerzusammenhänge, -gruppen, -Initiativen
Schreibt uns bitte Eure Adressen sowie die Themen, an denen ihr arbeitet oder arbeiten wollt. Interessierte Männer können die Liste dann hier einsehen und sich an Euch wenden.

2. An alle geschlossenen Männerzusammenhänge, -gruppen, initiativen
Schreibt uns bitte die Themen, an denen Ihr arbeitet und u.U. eine Kontaktadresse, unter der interessierte Männer zwecke Information Euch erreichen können.

Falls Ihr Fragen habt (auch zum Umgang mit den Listen) oder/und uns Euer Material zukommen lassen wollt, kommt ins Männer-Cafe im Döse (jeden Dienstag von 17 - 22 Uhr) oder per Post:

Männer-Cafe
AG Männergruppennetz
c/o Infocafe' Frau Döse
Bartelsstr.10
2000 Hamburg 36

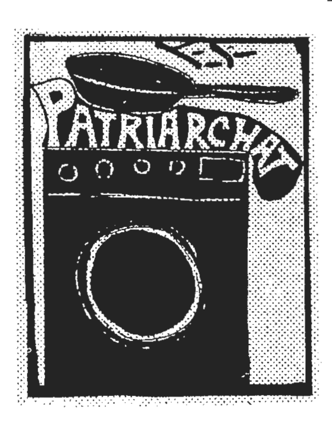
Profeministisches Männer-Medienarchiv in der Flora

Voraussichtlich im Rahmen des "Archiv für Soziale Bewegungen" (mittlerweile von der Thadenstr. in die Flora umgezogen!) wird es ab April ein "Profeministisches Männer-Medienarchiv" geben.
Das von einer kleinen Gruppe von Männern getragene Archiv macht es sich zur Aufgabe, Diskussionspapiere und Beiträge linker Männergruppen v.a. aus dem deutschsprachigen Raum zu archivieren. Um das gesammelte Material nicht nur Hamburger Männern, sondern bundesweit arbeitenden Männergruppen zugänglich zu machen, soll in noch zu bestimmenden Abständen ein Rundbrief verschickt werden.
Mit diesem erhofft sich die Archiv-Gruppe eine Plattform für eine gemeinsame Diskussion in der linken Männerszene zu schaffen und sieht darin einen ersten Schritt in Richtung einer bundesweiten Vernetzung.
Ziel dieser Vernetzung ist eine "radikale Männerbewegung", die sich von jenen "bewegten Männern", die in jüngster Zeit durch ihren zur Schau getragenen Antifeminismus, Körperkult und somit einer Art bewußter, patriarchaler Image-Pflege in die Medien gelangt waren (vgl.etwa Der Spiegel 22/1992), durch eine profeministische und im weitesten Sinne antipatriarchale Ausrichtung abgrenzt. Profeministisch darf in diesem Kontext nicht mißverstanden werden als bloßes Übernehmen feministischer Positionen und

Analysen. Es steht vielmehr für die Forderung, eine eigene Position zu entwickeln, die feministische Analysen nicht länger ignoriert, sondern sich mit diesen auseinandersetzt.
Solange Männer allerdings nicht bereit sind, in einen Diskussionsprozeß einzutreten, in dem sie auch ihre männlichen Privilegien hinterfragen und zur Disposition stellen, können sie lange über gesellschaftliche Befreiungsprozesse philosophieren. Sie werden damit noch nicht einmal sich selbst befreien.

Postadresse:

Männer-Medienarchiv
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
2000 Hamburg 36



Libertäre Tage '93 in Frankfurt

Im Rahmen der Libertären Tage '93 in Frankfurt ist eine Arbeitsgruppe "Herrschaftskritische Männer und das Patriarchat" geplant.

"In der Arbeitsgruppe soll überlegt werden, welchen Aufgaben sich herrschaftskritische Männer stellen müssen, um ihren Teil zur Überwindung des Patriachats beitragen zu können.
Ziel dabei ist es, aus den gemeinsamen Erfahrungen ("persönlichen" und "politischen") in Kombination mit theoretischen Erkenntnissen möglichst konkrete Perspektiven für ein anarchistisch-antipatriarchales Engagement von Männern zu gewinnen.
Thesenpapiere und schriftliche Erfahrungsberichte können und sollen an den AG-Vorbereiter geschickt werden und sollen mit die Ausgangsbasis der AG bilden.
Bei entsprechendem Interesse ist es auch möglich, vor den libertären Tagen ein gemeinsames AG-Vorbereitungstreffen durchzuführen".

Bodo Noeske

Kontaktadresse:
Bodo Noeske, Nahestr. 3, W-6500 Mainz, Tel.: 06131/678231

In der Interim gab es indes schon konkretisierte Themenvorschläge für diese AG. Schwerpunkte könnten danach der Bereich Gen- und Reproduktuonstechnologie, eine antimilitaristische/antipatriarch alle Position zum Jugoslawien-Krieg und ein antipatiarchaler Ansatz in der Antirassismus-Diskussion sein.
Ob allerdings die Männer in Frankfurt beim derzeitigen Diskussionsstand schon "ihren Teil zur Überwindung des Patriarchats beitragen können", darf an dieser Stelle noch sehr bezweifelt werden.

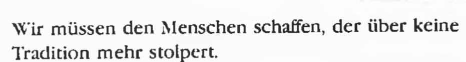
Ein Vorbereitungstreffen für Hamburger Männer, die nach Frankfurt fahren, findet am Dienstag, den 6.4. um 19 Uhr im Cafe Döse statt. Am 20.4. wird es ein Nachbereitungstreffen zu Frankfurt geben.

Wenn Sexisten Satire machen

In der konkret 3/93 beschäftigte sich Eckhard Henscheid in seinem Beitrag "Sie muß verrückt sein" mit der in Paderborn lebenden Germanistikprofessorin Gertrud Höhler, der an sexistischen und frauenverachtenden Klischees kaum noch zu überbieten ist.
Gegenstand von Henscheids nicht nachvollziehbarer Ereiferung sind zwei Werbefotos der Kreditkartenfirma American Express, für die sich G. Höhler zur Verfügung gestellt hatte.
Das erste Foto zeigt die Germanistikprofessorin in einem bildungsbürgerlichen Arbeitszimmer. Im Hintergrund eine Bücherwand blickt sie, halb sitzend an einen Schreibtisch gelehnt, gedankenverloren in Richtung des Lesers/der Leserin. Vor ihr, zu ihren Füßen liegend, ihr Sohn Abel auf einem Perserteppich.
Auf dem zweiten Foto selbige, mit wehenden Haaren auf einem Pferd durch ein sonnenbeschienenes Kornfeld gallopierend.
Zugegeben: Die Aufnahmen der Fotografin A. Leibovitz zeugen nicht gerade von künstlerischem Feingefühl; sie wirken stilisiert, ja übertrieben kitschig schon.
Und dennoch: Die widerlichen und pseudo-psychologischen Ergüsse Henscheids - und nur um diese geht es hier - haben mit den Werbefotos, und seien diese noch so kitschig, nichts zu tun.
Denn, woraus läßt sich aus diesen Aufnahmen schließen, daß diese Frau "völlig verrückt sei", wie uns der Autor immer und immer wieder, ja bis zum Erbrechen (fünfzehnmal auf zwei Seiten!) glauben machen möchte?
Verrückt ist sie in den Augen eines engstirnigen und klassischen "linken" Mackers, der die Zurechnungsfähigkeit von Frauen danach bemißt, ob sie im Klassenwiderspruch auf der "richtigen" Seite stehen; und G. Höhler arbeitet als Unternehmens- und Kanzlerberaterin eindeutig für die falsche Seite. Und obwohl G. Höhler sicherlich nicht die einzige Frau ist, die für das Kapital
arbeitet, scheint diese Tatsache - auch nach längerem Suchen - der einzig greifbare Grund für Henscheids Ereiferung zu sein.
Daß eine derart motivierte Zuschreibung (Frau als "aufgescheuchte Schwerverrückte") nichts anderes ist als ein auch in der traditionellen Linken bis heute übliches Instrument zur Psychiatrisierung von Frauen, ist allzu offensichtlich.
Und was an dieser Anhäufung dumpfe Männerphantasien ist eigentlich Satire, wie die taz vom 1.4.93 in einem kürzeren Beitrag dem konkret-Autor Rückendeckung gibt? Auch dem/der VerfasserIn(?) der taz-Meldung ist es unbegreiflich, warum sich Frau Höhler so dermaßen über einen Artikel empört, in dem sie "in satirischer Weise" (taz) Henscheids gesammelte frauenverachtende Klischees über sich ergehen lassen muß.
Unterstellen wir den Klassenwiderspruch als Ausgangspunkt seiner Erregung, dann sind seine intellektuellen Ergüsse einem traditionellen Weltbild geschuldet, in dem dieser klassische Hauptwiderspruch andere Widersprüche und somit auch den patriarchalen auf einen Nebenschauplatz verweist, der Sexismus als legitimes Mittel zur "Feindbekämpfung" nicht ausschließt.
Und diese spezifisch männliche Form der "Feindbekämpfung" (vorausgesetzt, dER Feind ist weiblich) reproduziert in der männlichen Linken die von Henscheid "exzellent" vorgeführten reaktionären und frauenverachtenden Denkmuster.
Doch entbehren diese Denkmuster von Seiten etlicher LesER vermutlich nicht eines gewissen Verständnisses oder gar Bestätigung. Wie verbreitet ist doch unter Männern der Spruch, man(n) müsse frau nur mal "so richtig durchbumsen", dann wird sie schon wieder "normal" werden. Peinlich nur, daß dieser Spruch in zwei Zeilen das auf den Punkt bringt, wofür Henscheid volle zwei Seiten gebraucht hat.
Und: Es müßte für einen "linken Intellektuellen" eigentlich auch ein erträgliches Maß an Peinlichkeit übersteigen, mit derart reaktionärem frauenfeindlichen Gedankengut aufzuwarten in einer Zeit, in der zumindest in Teilen der (wenn auch überwiegend feministischen) Linken über sexuelle Gewalt, Massenvergewaltigung als Kriegsinstrument patriarchaler Gesellschaften und somit auch über die sie tragenden Denkmuster diskutiert wird.
Und vor allem: Diese Gedanken dienen nicht Abel noch uns zur Lust, wie Henscheid seine Phantasien anpreist, sie dienen allein der intellektuellen Befriedigung seiner eigenen dumpfen Männerphantasien.
Ja, lieber Genosse Eckhard, bleibt Dir nur noch zu wünschen, daß G. Höhlers AnwältInnen mit ihrer Klage Erfolg haben und ordentlich Schmerzensgeld für ihre Mandantin rausschlagen (was den Klassenwiderspruch zwischen euch -materiell gesehen- nochmal etwas vergrößert). Schade nur, daß die gequälten konkret-LeserInnen für
ihre Übelkeit beim Lesen nicht entschädigt werden.

cri.

Carl von Ossietzky in der Schanze 41a



Um die Schanze 41a ist es zwar etwas ruhiger geworden, aber nichtsdestotrotz wird weiter emsig auch handwerklich geschafft. Geistig geschafft hat zu revolutionären Zeiten in Deutschland auch ein prominenter Vormieter der jetzigen BewohnerInnen der Schanze 41a. Konkret heißt der prominente Vormieter Carl v. Ossietzky, der spätere Friedensnobelpreisträger und damalige Lektor des kleinen Hamburger Pfadweiser-Verlages; das Domizil des Pfadweiser-Verlages war in der Schanzenstr. 41a, Haus 2.

Von Februar bis zum Juli 1919, der endgültigen Abkehr Ossietzky's von seiner Geburtsstadt Hamburg und dem Umzug nach Berlin war er in diesem Verlag tätig.

Der Verlag gab neben Büchern und einer besonderen Buchreihe auch Flug- und Streitschriften politischer Organisationen heraus; außerdem betrieb er den Zeitschriftenvertrieb revolutionärer und freidenkerischer Blätter.

Der Verlag versuchte, in aufklärischer Weise eine fortschrittliche Entwicklung im Deutschland der Nach-Kaiserzeit gegen reaktionäre Kräfte zu beeinflußen.

Ossietzky war zu dieser Zeit kein Sozialist, auch wenn er Sympathien für einige Sozialdemokraten und Spartakisten hegte. Seine Gedanken entsprachen seinem Engagement in der Deutschen Friedensgesellschaft und im Monistenbund.

Der Monistenbund, gegründet 1906, basierte auf der philosophischen Lehre, daß die Wirklichkeit auf ein einziges geistiges oder materielles Prinzip zurückführbar sei; dies z.B. im Gegensatz zum Pluralismus.

Verknüpft und abgewandelt wurde im Monistenbund auch die auf dem Entwicklungsgedanken begründete Weltanschauung E. Machels benutzt, allerdings nicht in seinem darvinistischen Sinne, sondern als religionsfeindliche, aufklärerische Weltanschauung, die zur Friedensbewegung führte. D.H. die Verfolgung des Ziels einer gerechteren Gesellschaft, das durch Aufklärung die Entwicklung des einzelnen Menschen fördert.



Wir müssen den Menschen schaffen, der über keine Tradition mehr stolpert.

Wir müssen den Menschen schaffen, dem kein Staat, keine Partei mehr befehlen darf: Du sollst töten! oder: Du sollst dich töten lassen!

Wir müssen den Menschen schaffen, der nicht mehr die Geißel des Hungers kennt.

Wir müssen den Menschen schaffen, frei in seinem Gewissen, von keiner Instanz beeinträchtigt.

Wir müssen den autonomen Menschen schaffen, durch nichts gebunden als durch das Bewußtsein, daß Millionen sein Schicksal teilen.

Wir wollen nicht mehr die Zwangsorganisation, die die alte Welt in den Abgrund getrieben hat, sondern nur die Bindung aus Erkenntnis, aus Wissen, aus freier Wahl.

Ist es nun vermessen, einem geschlagenen Volk solche Ideale zuzusprechen? Mögen die dagegen wettern, die heute noch »Revanche« brüllen und nichts sehnlicher wünschen, als alte Dummheiten nochmals zu begehen. Soll aber die Niederlage historischen Sinn haben, so muß sie Abschluß, Abkehr bedeuten.

»Der Anmarsch der neuen Reformation« in den »Flugschriften des deutschen Monistenbundes«, Juni 1919

Bis 1922 schreibt Ossietzky weiter für den Monistenbund, während er gleichzeitig Sekretär der Friedensgesellschaft in Berlin ist. Teilweise sympathisiert er mit der USPD und der KPD, insbesondere wegen der sozialistischen Wirtschaftsordnung. Andererseits kritisiert er das hierarchische und diktatorische Prinzip (Diktatur des Proletariats) dieser Parteien, auch wenn er sie stets gegen die bürgerliche Hetze verteidigt; seine politische Einstellung ist individueller.

1926 erscheint Ossietzky's erster Artikel in der "Weltbühne", 1927 wird er verantwortlicher Redakteur und Herausgeber; die "Weltbühne" ist ein radikaldemokratisches Blatt mit sozialistischen Untertönen und auch eines der wenigen Blätter in der Weimarer Zeit, die dem Vormarsch der Reaktion etwas entgegensetzte. Ossietzky, mittlerweile ein Verfechter des demokratischen Sozialismus, untersucht in einer unabhängigen Kommission, u.a. mit Thomas Mann, die Vorgänge des Berliner Blutsonntags, an dem am 1.5.1929 die Berliner Polizei 33 Menschen erschießt, und kommt mit dieser Kommission zu dem Ergebnis, daß der damalige SPD-Polizeipräsident Zörgiebl für die Morde verantwortlich ist.

Mit ihren dem demokratischen Sozialismus verhafteten Ideen kann sich die "Weltbühne" nirgends beliebt machen. Weder bei der reaktionär-bürgerlichen Mehrheits-SPD noch bei der stalinistischen KPD, ganz zu schweigen von Militär, Industrie, Rechten und Faschisten. Die "Weltbühne" und ihre Herausgeber werden gehaßt.

In der "Weltbühne" darf alles geschrieben und gedruckt werden, was in der weitgefaßten deutschen Linken und der linksliberalen Ecke entsteht. Ringelnatz, Mühsam, Toller, A. Zweig, Tucholsky und H. Mann schreiben u.a. für die "Weltbühne", aber auch führende Köpfe der Abspaltungen der Arbeiterparteien wie KPO und SAP kommen zu Wort. Die Freiheiten, die Ossietzky in seinem Blatt einräumt, geben Raum für Ideen, die nirgends sonst unterzubringen sind; viele unorganisierte Linke finden dort, genau wie ausgewiesene Kommunisten, ihren Platz. Selbst Redakteure bürgerlicher Blätter schreiben, unter Pseudonym, in der "Weltbühne", was sie schon immer 'mal schreiben wollten. Trotz der bekannten SchreiberInnen kommt die "Weltbühne" selten über eine Auflage von 12.000 Exemplaren.

Nichtsdestotrotz wird das Blatt weit mehr gelesen und diskutiert als die Auflage suggeriert. Ossietzky's unbestechliche und harte Schreibe, sein journalistisches Talent und sein aktueller politischer Kommentar sind ein wichtiger Multiplikator von Meinung in der Weimarer Republik.

Für den Artikel eines Redakteurs "Windiges aus der deutschen Luftfahrt", in dem die Tatsache benannt wird, daß Deutschland in einem Verstoß gegen den Versailler Vertrag Militärpiloten ausbildet, wird Ossietzky als Herausgeber wg. Landesverrat zu 18 Monaten Haft verurteilt. Daß ein aufgedeckter Rechtsbruch, der zudem in der Budgetkommission des Reichstages abgesegnet wurde, zu einer Verurteilung ausrecht, zeigt die innenpolitische Situation 1931 (Reichsjustizminister ist zu dieser Zeit Gärtner, der es auch unter den Nazis bis zu seinem Tod 1941 bleibt).

Vor seinem Haftantritt 1932 und während sein Gnadengesuch bei Hindenburg liegt ruft Ossietzky zur Wahl Thälmanns bei den Reichspräsidentenwahlen auf. Bis zum 22.12.1932 bleibt er in Berlin-Tegel inhaftiert.

Warum Ossietzky nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und nach dem Aufstieg der NSDAP zur Regierungspartei nicht, wie viele andere Linke und Liberale, emigriert, bleibt umstritten. Einige meine, er wäre ein freiwilliger Märtyrer gewesen, andere sagen, er hätte seine Ausreise für Anfang März 1933 geplant und wollte die März-Wahlen abwarten. Am Tag nach dem Reichstagsbrand wird Ossietzky verhaftet.

Drei Jahre wird er in nationalsozialistischen Gefängnissen und Konzentrationslagern (KZ) verbringen. Ab April 1933 ist Ossietzky im KZ Sonnenburg (nahe Küsten), dem ersten staatlichen KZ noch unter SA-Herrschaft; dort herrscht SA-"Mordsturm" 33 aus Berlin, dessen Verbot Ossietzky oft gefordert hat; Ossietzky wird schwer mißhandelt. Nach der Unterstellung der KZ's unter die SS wird Ossietzky "Moorsoldat" im Emslandlager Esterwegen.

Ab 1934 beginnt unter deutschen Emigranten eine Kampagne, Ossietzky für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen. Die deutschen Emigranten versuchen, einflußreiche Persönlichkeiten ihrer Aufnahmeländer und Vorschlagsberechtigte für den Nobelpreis für ihre Sache zu gewinnen. Letztendlich hat es Ossietzky nur der Tatsache, daß "über ihn geredet wird", zu verdanken, daß er nicht direkt im KZ umgebracht wird. Ernst Toller und Albert Einstein engagieren sich mit anderen Emigranten; Bertrand Russell, Aldous Huxley und Virginia Woolf unterstützen den Antrag.

Seit 1934 liegt Ossietzky, dessen Lungen schwer geschädigt sind, nur auf dem Krankenrevier.

1935 wird Ossietzky als Friedensnobelpreisträger nicht akzeptiert, es wird aber auch nicht gewagt, einen anderen zu wählen.

Mitte 1936 wird bei Ossietzky eine schwere, offene Lungentuberkulose im unheilbaren Zustand festgestellt. Im November 1936 wird Ossietzky offiziell aus dem KZ entlassen, um ein Krankenzimmer im Krankenhaus Westend zu beziehen - unter ständiger Gestapo-Überwachung.

Am 24.11.1936 erhält Ossietzky das Telegramm, das ihm rückwirkend den Friedensnobelpreis 1935 zuerkennt.

Am 4.5.1938 stirbt Carl v. Ossietzky an den Folgen der KZ-Haft im Alter von 48 Jahren in Berlin.

Offener Brief an die STEG

"Das vornehme Wort Kultur tritt anstelle des verpönten Ausdrucks Rasse, bleibt aber ein bloßes Deckbild für den brutalen Herrschaftsanspruch." (Theodor W. Adorno, 1955)

OFFENER BRIEF AN DIE STEG
betreffend den "Bericht zur Situation der Roma im Karolinenviertel"

Natürlich wissen wir, daß die STEG eine Institution ist, die im Auftrag des Hamburger Senats handelt. Insofern sind ihre Entscheidungen nicht Ergebnis rationaler Diskussion, sondern den Interessen der Regierenden untergeordnet. Die STEG steht für die sozialdemokratische Variante einer Stadtentwicklungspolitik, die soziale und wirtschaftliche Modernisierungsprozesse, die durch die ständige Weiterentwicklung des kapitalistischen Systems verursacht sind, sozialtechnisch begleitet und modelliert, um diese Prozesse so effektiv wie möglich zu gestalten, ohne daß das politische System seine Legitimation bei den betroffenen Menschen verliert.

Trotz dieser Einschätzung wählen wir die Form eines offenen Briefes und machen damit ein Diskussionsangebot. Neben der Rücknahme des Berichts fordern wir eine Stellungnahme von der STEG.

Als "**Band 1 einer Berichtsreihe der Stadterneuerungsgesellschaft Hamburg mbH (STEG) zur sozialen Situation unterschiedlicher Bewohnergruppen im Karolinenviertel**" legen Sie den Bericht zur Situation der Roma vor. Die Hälfte des Berichts beschäftigt sich mit der Definition der Roma. Aus der Sicht der STEG wird deren Geschichte und "Kultur" dargestellt. Im zweiten Teil stellen Sie eine Befragung von 18 Romahaushalten aus dem Karolinenviertel vor. Im dritten Teil wollen Sie Lösungsansätze zur Verbesserung der Situation der Roma im Karoviertel aufzeigen. Sie sind sich sicher, daß der Bericht die Kommunikation der im Viertel arbeitenden und lebenden Menschen verbessern wird (S. 5). Wir erlauben uns, das zu bezweifeln.

Es spricht einiges für die Einschätzung, Ihr Bericht sei ein Ausrutscher. Er enthält zuviele unüberlegt übernommene Vorurteile aus der Mottenkiste des Rassismus (weiter unten werden wir einige Beispiele anführen), um wirklich ernst genommen zu werden. Das alleine wäre Grund genug, eine Rücknahme des Berichts zu verlangen. Wir meinen aber, daß es um wesentlich mehr geht, nämlich um die weitere Ausdehnung der Diskurse des Neorassismus in die praktische Politik hinein. Der Bericht legt explizit einen Handlungsansatz der Stadtplanung und -erneuerung nahe, der nicht mehr von sozialpolitischen, sondern von bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten her bestimmt ist. Über weite Strecken haben wir den Eindruck, daß Ihnen diese Folgen gar nicht bewußt sind, die inhaltliche und stilistische Schlampigkeit des Textes legt diesen Eindruck nahe. Wir sind aber nicht sicher, was schlimmer ist, die bewußte populistische Ausrichtung der Stadterneuerungspolitik an rassistischen Positionen oder deren unreflektierte Übernahme.

IDEOLOGIE DER NEUEN RECHTEN

Um es ganz deutlich zu machen: Das Vorgehen in der Studie ist deckungsgleich mit dem Projekt der Neuen Rechten von Le Pen bis Schönhuber und ihren ideologischen Protagonisten. Die Neue Rechte hat einen modernisierten Rassismus hervorgebracht, der nicht mehr eine biologische Hierarchisierung der Menschen aufgrund ihrer "rassischen Herkunft" behauptet. Der Übergang von einem biologistischen Rassismus der unaufhebbaren Minderwertigkeit bestimmter Gruppen von Menschen zu einem Rassismus der Differenz, der unaufhebbaren Getrenntheit an sich gleichwertiger "Kulturen", in deren Mischung die Gefahr für die Menschheit liegen soll, ist durch die Einführung des Konzepts der "kulturellen Identität" gekennzeichnet. Diese soll das sein, was jedem Menschen dort, wo er geboren und aufgewachsen ist, aufgeprägt wurde. Gleichzeitig sei sie eine kollektive Identität, die gegen "Überfremdung" geschützt werden muß. Diese Vorstellung macht es möglich soziale Konflikte als Auseinandersetzung zwischen ethnischen Gruppen zu deuten, die um ihre "kulturelle Identität" kämpfen.

Was uns besonders entsetzt, ist die kommentarlose Übernahme des von rechtsradikalen Ideologen geprägten Begriffs der "kulturellen Identität" in Ihrer Studie. Sie gehen einfach darüber hinweg, daß es seit Jahren eine ausgedehnte Diskussion über das vermehrte Auftreten neuer Rassismen gibt, die sogar bis in die deutsche Sozialwissenschaft hinein Auswirkungen gehabt hat. Wenn Sie sich schon nicht auf solche Beiträge beziehen wollen, die antirassistische Positionen und Politiken zu entwickeln versuchen, dann legen Sie wenigstens offen, welche Anleihen Sie bei den Vordenkern der Neuen Rechten, Alain De Benoist und anderen gemacht haben.

ETHNISIERUNG VON KONFLIKTEN

Ausgangspunkt der Studie sind die sich häufenden Konflikte der einzelnen Bevölkerungsgruppen untereinander, die durch den Drogenhandel und die Präsenz von Roma auf den Straßen verursacht würden (S. 3). Dadurch überlagere das Thema Roma alle Auseinandersetzungen. "**Oft sind die Diskussionen geprägt von Mißverständnissen und offensichtlichen Falschinformationen. Sinti, jugoslawische Roma, Asylanten und Gastarbeiter werden auf einen Nenner gebracht.**" Deswegen sei es nötig, über Roma und Sinti aufzuklären, einen "**gemeinsamen Kenntnisstand**"(S. 4) zu schaffen. Im folgenden ist dann nicht mehr von den angedeuteten Problemen und Konflikten im Karolinenviertel, sondern nur noch von Roma und Sinti die Rede. Diese Vorgehensweise bezeichnen wir als "Ethnisierung sozialer Konflikte". Probleme, die durch eine Wohnungspolitik gegen die Interessen der MieterInnen, eine Sozialpolitik gegen die Benachteiligten und nicht zuletzt durch die fortdauernde Diskriminierung von Flüchtlingen und ImmigrantInnen in allen gesellschaftlichen Bereichen entstanden sind, werden so in Auseinandersetzungen zwischen der deutschen Mehrheit und ethnisch bestimmten Minderheiten umgedeutet.

Sie behaupten wahrscheinlich zu Recht, die Roma seien vor 1989 gar nicht als solche wahrgenommen worden, sie galten als jugoslawische Gastarbeiter (S. 24). "**Es bleibt aber festzustellen, daß es bis 1989 kaum objektive Gründe gab, über Notwendigkeiten der Integration jugoslawischer Roma im Karolinenviertel nachzudenken, denn sie waren integriert.**" (S. 24) Wir vermuten, daß zumindest die STEG oder ihre Vorgängerorganisation als Wohnungsverwaltung trotzdem darüber nachgedacht und vorsichtshalber eine Romakartei erstellt hat. Wie sonst ist es zu erklären, daß die STEG ohne Schwierigkeiten die genaue Zahl der Roma unter ihren MieterInnen angeben kann? Wie kann es überhaupt passieren, daß Menschen, ohne daß sie sich selbst neu definiert haben, innerhalb sehr kurzer Zeit im allgemeinen Bewußtsein vom jugoslawischen Gastarbeiter in Roma verwandelt werden? Dieses Phänomen, das immerhin auch einen grundlegenden Wechsel des Paradigmas beinhaltet, nämlich den Wechsel vom sozialen (Arbeiter anderer Nationalität) zum ethnischen (Angehörige einer Ethnie, Kultur, Rasse) Blickwinkel, wird von Ihnen nicht problematisiert. Sie prüfen nicht, ob die festgestellten Auseinandersetzungen zwischen Bevölkerungsgruppen nicht lediglich eine rassistische Verarbeitung von Konflikten sind, die in Wahrheit ganz andere Ursachen haben. Sie übernehmen einfach die Annahme, es müsse an der kulturellen Andersartigkeit der Roma liegen. Diesen Deutungen wollen Sie einen rationalen Hintergrund verschaffen, indem Sie differenziert darstellen, wie Roma "wirklich" sind. Ein etwas aus der Mode gekommenes Wort für dieses Vorhaben ist: Rassenkunde.

KONSTRUKTION EINER ETHNISCHEN MINDERHEIT

Sie teilen die Bevölkerung in ethnische Gruppen ein, die dann weiter differenziert werden, um sie einer unterschiedlichen Behandlung zuführen zu können: Nachdem Sie festgestellt haben, daß Roma unter sozialer Benachteiligung leiden, schreiben Sie lapidar: "Dennoch handelt es sich bei den 'Zigeunern' nicht um eine soziale Randgruppe, sondern um eine ethnische Minderheit"(S. 17) Die ganze Künstlichkeit der Konstruktion einer ethnischen Minderheit wird in diesem ohne weitere Begründung dastehenden Satz klar. Und weiter: "Es erscheint uns vielmehr nötig zu sein, nicht allein zwischen Sinti und Roma zu differenzieren, sondern vielmehr nach Herkunft, den bisherigen Lebensumständen und vor allem der Aufenthaltsdauer." (S. 22) Die Aufenthaltsdauer wird schließlich zum Hauptkriterium der Selektion. Es wird eine Aufteilung in "... 3 Hauptgruppen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund" (S. 27) vorgenommen.

Diese Gruppen sollen sein: Familien mit Kindern, die schon seit 15 bis 20 Jahren hier sind, deren BesucherInnen, die z.T. Asyl beantragt haben und als letzte die in Hotels untergebrachten Romafamilien. Nur die erste Gruppe wollen Sie bei Ihren Planungen überhaupt berücksichtigen: "Somit können die hier vorgeschlagenen Perspektiven auch nur für die schon seit langem im Karolinenviertel lebenden Roma Gültigkeit haben." (S. 56)

Sie definieren eine ethnische Gruppe Roma in der Absicht, sie von anderen Bevölkerungsgruppen zu unterscheiden. Diese Definition läuft über die Zuschreibung einer nie zu überwindenden "kulturellen Identität" als Roma, deren Ursprung dunkel bleibt. Dabei wird diese Identität einerseits als Ursache für die Konflikte zwischen Bevölkerungsgruppen angesehen, andererseits muß sie geschützt und bewahrt werden,(S. 58)



am besten in einem Roma-Haus. "Trotz der überwiegenden Skepsis dem "Roma-Haus" gegenüber, muß hier festgehalten werden, daß der Wunsch, die nachbarlichen Konflikte zu deeskalieren, von vielen Familien ausgesprochen wurde. Da es hier aber nie zu Vorschlägen beziehungsweise einer Verhaltensänderung kam, sondern im Gegenteil die Lösung eher in einer räumlichen Trennung (Erdgeschoß, Roma-Haus) gesehen wurde, sollte man die Überlegung, mehrere Romafamilien in einem Haus unterzubringen, nicht sofort wieder verwerfen. ... in jedem Fall erscheint uns diese Unterbringungsform als eine realistische Möglichkeit, die eigene Identität zu wahren, ohne sich in täglichen Konflikten aufreiben zu müssen." (S. 58f) Nun haben wir nichts dagegen, daß Roma oder wer auch immer gemeinsam in einem Haus wohnen, wenn sie dies wünschen. Ihr Beharren auf dieser Lösung erscheint uns jedoch merkwürdig, haben Sie doch festgestellt, daß von Ihnen befragte Roma mit dem Begriff "romaspezifisches Wohnen ... trotz Erläuterungen nichts anfangen"(S. 51) konnten und von der Mehrheit in diesem Zusammenhang die Angst vor weiterer Ghettoisierung formuliert wurde (S. 51). Unserer Meinung nach kommt in Ihrem Beharren auf dem Roma-Haus zum Ausdruck, was sich als implizite Grundlage durch die ganze Studie zieht: die Idee von der Inkompatibilität der "Kulturen", deren Vermischung ein unmögliches und deswegen zu vermeidendes Unterfangen ist.

Es sei daran erinnert, daß es Ihnen gerade um die Menschen geht, die seit 15 bis 20 Jahren in Hamburg leben, die sich im Karolinenviertel wohlfühlen und die in Ihrer Befragung deutlich Wünsche äußerten, z.B. nach größeren und instandgesetzten Wohnungen und danach, als Bürger unter anderen anerkannt und nicht isoliert zu werden.

DISKRIMINIERUNG ALS PRINZIP

Das Vorgehen dieser Studie ist die Zuschreibung einer ethnisch bestimmten kulturellen Identität einer Minderheit aus der Sicht der Mehrheit. Dieses Vorgehen lehnen wir schon aus Prinzip ab, ganz besonders aber, wenn diese Minderheit, wie die Roma in Deutschland, seit jeher einer extremen Diskriminierung und Unterdrückung ausgesetzt ist, deren Höhepunkt die geplante Vernichtung im Namen der Reinheit der arischen Rasse war. Die Definition einer verfolgten Minderheit durch die verfolgende Mehrheit kann immer nur die Verfolgung reproduzieren. Die Verfolger schaffen sich ihre eigene Rechtfertigung durch die Behauptung, einer erkennbaren Identität der Verfolgten, die als Herausforderung angesehen wird. Die Minderheit wird gerade durch die Diskriminierung und Verfolgung als Kollektiv fortwährend neu geschaffen. Aus diesem schlichten Grund ist es etwas ganz anderes, sich selbst als Rom zu sehen und sich auf Traditionen zu beziehen, als von Deutschen als ethnische Minderheit definiert zu werden.

Sie stellen selber die bis heute andauernde Tradition der Verfolgung von Roma und die damit einhergehende Stigmatisierung fest, kommen aber gleich ins rechte Fahrwasser zurück: "Schon mit dem ersten Erscheinen der Sinti in Deutschland im 15.Jahrhundert beginnt eine Geschichte der Diskriminierung und Verfolgung." Hier beginnt der ewige Kreislauf der sich selbst rechtfertigenden Diskriminierung: Alleine durch ihre Anwesenheit, so ist die These, komme es zu Verfolgung und Diskriminierung von Roma und Sinti. Daran habe sich bis heute nichts geändert. Es sei völlig falsch zu sagen, daß alle Roma dealen, "...aber viele Roma leben im Sommer bevorzugt auf der Straße, und auf den Straßen des Karolinenviertels wir gedealt. Daher ist es für Roma ausgesprochen schwer, sich soweit abzugrenzen, daß dieses von den Augen der Öffentlichkeit registriert wird. Ihre Andersartigkeit (Sprache, Aussehen, Kleidung, Umgang untereinander, etc.) kommt noch erschwerend hinzu."(S. 26) In der ganzen Studie findet sich nicht ein Wort der Kritik an dem rassistischen Blick der Öffentlichkeit, nicht eine einzige Überlegung, wie Rassismus bekämpft werden könnte; und sei es mit pädagogischen Maßnahmen. Als Ursache für Rassismus werden immer seine Opfer benannt: die Roma, und die müssen verschwinden. "Gerade unter dem Aspekt der Ausländerfeindlichkeit ist es notwendig, den Roma im Karolinenvietel Perspektiven, aber auch Grenzen aufzuzeigen."(S. 28)

BUNTE RÖCKE UND GESCHEITERTE SOZIALISATION

Ihre Studie ist nicht nur in dem Ansatz abzulehnen, definitorisch auf eine Minderheit zuzugreifen. Auch die Darstellung der Roma in der Studie ist in unerträglicher Weise geprägt von rassistischen Vorurteilen. Da flattern "bodenlange Röcke und bunte Kopftücher" (S. 9), die Sie für genauso wichtige Kennzeichen halten, wie die "...Offenheit für das Irrationale, ihr Sinn für Schönheit und ihr Verhältnis zur Musik."(S. 11) Für wesentlich halten Sie offenbar auch, daß ein Solidarprinzip zwischen den Generationen besteht, daß "...der Ehe eine hohe Bedeutung"(S. 11) zukommt, daß "die religiöse Einstellung auch heute noch von grundlegender Bedeutung bei den Sinti und Roma"(S. 12) ist, sowie daß "...eine klare Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau"(S. 12) herrscht. Alle diese "Wertorientierungen", deren Verlust bei den Deutschen von einer großen, christlichen Volkspartei in immer kürzeren Abständen bitter beklagt wird, sollen hier für die Zuschreibung einer "ethnischen Identität" herhalten. Das Verschwinden der Familienstrukturen, das für die Bundesbürger angeblich zum Problem geworden ist, wird für diejenigen Roma, die weiter in festen familiären Strukturen leben, zum Beweis ihrer kulturellen Rückständigkeit. Und Sie verraten uns auch, welche irrationalen Ängste die Romafamilien weiter zusammenhalten: "Der Zusammenhalt der Familie wird auch heute noch als einziger Schutz vor Übergriffen gesehen." (S. 25) Bei soviel Irrationalität versteht es sich fast von selbst, daß Roma und Sinti hauptsächlich wegen des Kindergeldes soviele Kinder haben.(S. 12)

An der Rückständigkeit der Roma soll es auch liegen, daß sie dauerhaft außerhalb der Gesellschaft stehen. Sozialhilfebezug, unzureichende Ausbildung, Arbeitslosigkeit und eine schlechte Schulbildung sind Folgen ihrer "**traditionellen Händlermentalität: Ein Lebensstil, der in Deutschland heute für sie kaum noch auszuleben ist.**"(S. 9) Warum diese Situation nicht auf die Hamburgische Kaufmannschaft zutrifft, wird wohl ewig unklar bleiben. Die Roma, soviel ist klar, werden aufgrund ihrer "kulturellen Identität" ihre "**...bisher gescheiterte Sozialisation**"(S. 20) nicht nachholen können.

Wir ersparen uns die weitere Aufzählung solcher Unsäglichkeiten, sie sind auf fast jeder Seite zu finden.

Die Dummdreistigkeit mit der in dieser Studie Vorurteile reproduziert werden, schlägt an manchen Stellen in blanken Zynismus um. Der Satz: "**Obwohl keine der hier vorgestellten Volksgruppen sich selbst "Zigeuner" nennt und der Begriff in seiner Herkunft eindeutig abwertender Natur ist, wird er hier als Sammelbegriff verwendet.**" (S. 7) kann von den Menschen, über die dort gesprochen wird nur als ein Ausdruck tiefster Verachtung verstanden werden. Ebenso zynisch setzt der Bericht sich über die einhellige Ablehnung des "**Roma-Hauses**" hinweg, dessen Realisierung offenbar nicht mehr in Frage steht.(S. 60)

DER EWIGE ZIGEUNER

ImmigrantInnen, die schon 20 Jahre hier leben, deren soziale Existenz sich vor allem durch die andauernde Diskriminierung von der anderer Menschen abhebt, werden kurzerhand zu Roma erklärt, die ihre Identität jahrelang verleugneten. (S. 28) Selbst diese als Assimilierte oder Integrierte bezeichneten Menschen werden noch der "**Roma-Thematik**" (S. 28) zugeschlagen und damit immer wieder auf ihre angebliche ethnische Identität verwiesen. Diese EinwanderInnen müßten jetzt "**reintegriert**" (S. 27) werden, weil durch den "**...Zustrom der**



Roma-Asylanten aus Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien und die damit verbundene Stigmatisierung..."(S. 52) ihre "**Fremdartigkeit**" (S. 26) wieder offensichtlich wurde. Auch dieses Thema zieht sich durch die ganze Studie: Schuld an den Konflikten und an der Feindseligkeit, die ihnen entgegenschlägt, sind die Roma, die innerhalb der letzten drei Jahre als Flüchtlinge ins Karolinenviertel gekommen sind.

Durch die Flüchtlinge gingen alle mühevollen Versuche der Integration der Romafamilien zum Teufel. Es wurde deutlich, daß es immer nur eine scheinbare Integration war, denn jede Annäherung "**... an die vorherrschende Religion des jeweiligen Gastlandes ... und auch die zunehmende Vernachlässigung der Sprache des Romanaes birgt ... die Gefahr einer Verleugnung des eigenen Volkes, die nur durch Entgegenkommen und Verständnis der Mehrheitsgesellschaft kompensiert werden kann.**"(S. 13) So bleiben denn die Roma auf ewig, was sie immer waren: eine Minderheit, die je nach Konjunktur entweder verfolgt oder verständnisvoll behandelt wird.

Sie wiederholen es immer wieder: Roma bleiben eben "Zigeuner". Selbst wenn eine Sintifamilie ein paar Jahrhunderte länger auf dem heute von Deutschen beanspruchten Boden gelebt hat als vermutlich die meisten Familien der STEG-MitarbeiterInnen, sie bleiben doch "Zigeuner", die keine Rechte besitzen. Selbst wenn Roma seit 20 Jahren in Hamburg gearbeitet und gelebt haben und sie sich als Bürger dieses Landes fühlen, ihre "kulturelle Identität" können sie nicht ablegen, und wenn sie es doch tun, dann nur um den Preis, daß sie ihr Volk verleugnen und ihre Sprache vernachlässigen.

Auf der einen Seite spalten Sie Roma und Sinti nach "Volksgruppen" (S. 21) oder Verweildauer (S. 27) in Gruppen auf, denen jeweils unterschiedliche Interessenlagen unterstellt werden. Auf der anderen Seite fügen Sie diese Gruppen sozusagen hinter ihrem Rücken über ihre an-



gebliche "kulturelle Identität" als "Zigeuner" wieder zusammen. Diese Struktur ist uns vom Antisemitismus der Nazis her bekannt, der über den Begriff der Rasse den "ewigen Juden" konstruierte. Und Sie können sicher sein, daß Ihre Definitionen auch im heutigen Deutschland "richtig" verstanden werden: Als Rechtfertigung der Pogrome.

VERTREIBUNG UND ZUZUGSSTOP ALS QUINTESSENZ

Diejenigen, die das Pech haben als Flüchtlinge erst vor kurzer Zeit gekommen zu sein, werden von Ihnen überhaupt nur als die Störenfriede behandelt, die die heile Welt des Karolinenviertels durch ihre Anwesenheit kaputt machen. Sie betrachten den Stadtteil, den Sie sanieren sollen nicht unter dem Aspekt der dort tatsächlich lebenden Menschen, deren Vorstellungen und Bedürfnissen. Sie betreiben Stadtsanierung als Säuberung der Stadtviertel von Menschen, die Sie als unerwünscht definiert haben. Diesen schon seit langem erhobenen Vorwurf bestätigen Sie noch einmal durch die Vorlage dieser Studie. Sie gehen aber noch einen Schritt weiter, indem Sie, ganz dem gesamtgesellschaftlichen Trend folgend, den rassistischen Ausschluß von Minderheiten zur Grundlage Ihrer Vorschläge machen. Unter der Prämisse, "**... daß es keine allgemein gültige Strategie für alle 'Zigeuner' geben kann**" (S. 56) stellen Sie im Kapitel "Perspektiven" fest: "**Sollten die neu zugewanderten Roma das Karolinenviertel tatsächlich wieder verlassen, dann wäre eine Entspannung der sozialen Situation im Karolinenviertel nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich.**"(S.57) Den "**ungeregelten Zuzug von Angehörigen**"(S. 57) gilt es mit der Unterstützung anderer Dienststellen der Stadt Hamburg einzudämmen, "**...unter anderem durch die Bereitstellung von adäquatem Ausweichwohnraum.**" Die Botschaft ist eindeutig: Die Roma müssen aus dem Karolinenviertel verschwinden, sofern sie nicht schon seit mehreren Jahren hier leben. Die Forderung nach der Bereitstellung von Ersatzwohnraum wird, mit dem "**unter anderem**" relativiert; das andere, das ist der STEG ebenso klar wie uns, ist nichts weiter als Ausweisung oder Abschiebung.

Die Vertreibung der Roma soll gekoppelt werden mit einem flankierenden "**...Zuzugsstop Sozialschwacher für alle sozialen Brennpunkte**"(S. 57). Auch diese Lieblingsforderung der STEG zeigt, welche Art von Politik angestrebt wird: Die freie Wahl des Wohnortes wird den Schwächsten der Gesellschaft entzogen und durch die repressive Regulierung der Migration ersetzt. Das ist nichts anderes als der Wechsel von einer Sozialpolitik, die Menschen dort unterstützen soll, wo sie leben zu einer Bevölkerungspolitik, die die Menschen dorthin dirigiert, wo ihre Verwertung im ökonomischen Prozeß aktuell am effektivsten erscheint.

Wir können es nicht mehr ertragen , das Gefasel von der "kulturellen Identität", und die ganze damit verbundene Scheinheiligkeit, die nichts anderes hervorgebracht hat als das Pogrom (man erinnere sich bitte, wer in Rostock-Lichtenhagen zum Objekt des Pogroms gemacht wurde), Mord und Brand gegen Menschen, die nicht zur "deutschen Nation" gehören. Der Identitätswahn bekommt in Deutschland einen ganz besonders widerlichen und auch gefährlichen Charakter, haben doch die Deutschen auf der Suche nach ihrer Identität keine bürgerliche Revolution zustande gebracht, dafür aber zwei Weltkriege und die "Endlösung" für Millionen von Menschen, die als rassisch und kulturell minderwertig definiert wurden. In einem neuen Durchgang schickt sich die BRD heute an, die von Nazi-Ideologen entwickelte Vision einer überlegenen europäischen Rasse zu verwirklichen. Geändert haben sich lediglich die Erscheinungsformen und die Diskurse des Rassismus, die Folgen für die Menschen sind die gleichen geblieben.

Es hat den Anschein, daß die STEG mit dem unguten Ruf in die Geschichte eingehen will, sie sei eine Institution, die die "Lösung der Zigeunerfrage" ein gutes Stück vorangebracht hat.

Ziehen Sie diese Studie sofort zurück!

Antirassistisches Telefon Hamburg 43 15 87

3 Jahre sind genug!!!

Im Juni letzte Abtanz-Party in der Motte



Warum wir uns dazu entschieden haben? - Es sind die verschiedensten Gründe. Zum einen ist bei einigen von uns, ganz banal gesagt, die "Luft" raus. So'ne Party schlaucht!
Freitags Nachmittags fängt das mit dem Aufbau bei uns an, und endet am Samstag wenn die jeweilige Gruppe den Feudel weggepackt hat, in der Regel um 6.00 Uhr morgens. Das sind dann schlappe 12 Stunden.
Der Samstag ist dann für uns gelaufen, manchmal gibt's auch noch am Sonntag danach leichte motorische Störungen. - Eigentlich wäre das garnicht weiter schlimm, wenn wir selber etwas mehr Party dabei hätten. Aber so ist das schon länger nicht mehr...

Bisher war die Party so angelegt, daß eine politisch arbeitende Gruppe, sei es für Prozeßkosten, Öffentlichkeitsarbeit, Rollstühle für Verwundete in Palästina, und, und, und... sich bei uns für ne Party anmelden konnten.
Der Reinerlös aus Getränken, Essen und Eintritt ging dann an die jeweilige Combo. Wir bekommen außer 12% für Platten, Anlage und Reparaturen u. ä. nix. Was sich an Geld ansammelt wird gespendet. Wir begreifen das als einen Solibeitrag und als wichtige politische Institution!!
Das wir damit 'n Dienstleistungsbetrieb sind, ist uns schon länger klar. Die jeweilige Gruppe braucht für die Kohle lediglich den Auf- und Abbau, Kasse- und Tresendienst kümmern, Salate schnibbeln und eine Veanstaltung auf die Reihe zu bekommen. Dazu gibt es zu sagen, daß diese meistens mau besucht sind, egel welche Themen gerade anstehen, was sich oft genug als frustrierend für alle daran beteiligten darstellt. Es gibt aber auch Gruppen, die von vornherein keine Veranstaltung vorsehen, da so oder so niemand kommt, wobei wir uns ziemlich verarscht vorkommen.
Alles weitere an Orga übernehmen wir (Getränke bestellen und abrechnen, Musik auflegen und vieles mehr). Manchmal müssen wir auch noch den eigenen Hals hinhalten, wenn es Probleme gegeben hat. Wir haben diese Räume ganz offiziell gemietet, und werden im Zweifelsfall auch dafür verantwortlich gemacht.

"Egal, machen wir ja gern, - ist ja für'n guten Zweck!!" Aber so einfach sehen wir das nicht mehr.

Seit geraumer Zeit häufen sich ziemlich derbe Anmachen von den Partykonsumenten (oft genug sind's auch Leute aus den einzelnen Gruppen). - Dem einen paßt es nicht, daß wir ab 2.00 Uhr versuchen die Nachbarn zu schonen und Fenster und Türen schließen. Andere drohen uns, weil ihnen die Musik nicht paßt. Dem einen ist es zu laut - der anderen zu leise... Wir können es keinem und keiner recht machen, - brauchen wir aber auch nicht!!
Wir sind keine kommerzielle Disko, und wollen das auch nicht werden. Leider aber wird das von vielen immer noch falsch verstanden. In jeder kommerziellen Disco wurden solche Leute rausfliegen (aber das möchten wir nicht auch noch übernehmen). Zugleich beschwert sich halb Ottensen über Kommerzialisierung und Konsumterror (siehe Zeisehallen). Wir ziehen anders unsere Konsequenzen. - Wir hören auf!!

Den Termin haben wir so gesetzt, daß die letzte Party von unserer Seite im Juni stattfindet. Danach ist für 2 Monate in der Motte sowieso Sommerpause. Für September steht alles in den Sternen .....

Die Leute, die diese Institution weiterhin als politisch wichtig und richtig finden und auch Lust daran haben, diesen Abend regelmäßig und verantwortlich weiter zuführen, können sich bei uns melden. Kontakten könnt ihr uns auf den letzten Partys irgendwo bei der Anlage.

Eure
Rent a Ditschko

Der nächste Abtanz im April (09.04.) ist zu gunsten einer "Cuba-Solibrigade"



Quo Vadis Rote Flora ?

Den LeserInnen des Neuen Schanzenlebens etwas über die Geschichte der Verhandlungen mit dem Senat in Form der Stadtentwicklungssenatorin Traute Müller zu erzählen, ist wahrscheinlich überflüssig. Menschen die etwas über die Geschichte der Verhandlungen oder der Roten Flora erfahren möchten sind herzlichst zum Infotresen Donnerstags ab 16 Uhr eingeladen. In der Flora und gut sortierten Kneipen und Buchläden sind auch unsere Flugblätter zu erhalten. In diesem Artikel werde ich mich deswegen vollständig auf die augenblickliche Situation beschränken.
Zur Zeit wird von der Stadtentwicklungsbehörde (Steb) eine Senatsvorlage erarbeitet, die Anfang April im Senat diskutiert werden soll. Diese Vorlage beinhaltet sicher drei, unter Umständen vier verschiedene Vorschläge. Zwei Vorschläge beinhalten eine vollständige Räumung des ersten Stockwerkes, wobei uns beim zweiten gnädigerweise ein Mitspracherecht bei der Auswahl des Trägervereins für die Kindertagesstätte zugebilligt wird. Der dritte Vorschlag ist der sogenannte Strenge-Kompromiß. Er ist eine teilweise Verbindung der ursprünglichen Senatsbedingungen, Abgabe des ersten Stockwerkes mit unserem Vorschlag die Kita in einem Anbau zu errichten. Wir sollen 2/3 des ersten Stockes abgeben und einen ziemlich dunklen Raum neben der Vokü dazu erhalten. Die Kita und die Flora haben in diesem Vorschlag vollständig voneinander getrennte Räume. Um trotz eines Anbaus uns noch die meisten Räume des ersten Stockwerkes nehmen zu können, wurde kurzerhand die Anzahl der ursprünglich geforderten 40 Kitaplätze auf 60 erhöht. Der vierte Vorschlag ist unter Umständen unser Kompromißvorschlag, in diesem wird die Kita vollständig in dem Anbau untergebracht, wahlweise mit 40 oder 60 Plätzen. Welcher dieser Vorschläge die Gnade des Senates findet, ist zur Zeit noch nicht entschieden. Sicher ist nur, daß es nicht unser Vorschlag ist, für den sich der Senat entscheiden wird, da dieser uns ein relativ ungestörtes Weiterarbeiten ermöglichen würde. Und dies will der Senat ja verhindern, da ein autonomes, nicht kommerzielles Stadtteilkulturzentrum wahrscheinlich als Gefahr für den Wohlstand der Stadt oder zumindest der Pfeffersäcke angesehen wird.
Wir müssen uns also darauf einstellen, daß der Senat sich für einen Vorschlag entscheidet, der zumindest die explizit politische Arbeit in der Roten Flora verhindern soll. Einer solchen Lösung mit einer Teilräumung der Flora werden und können wir nicht zustimmen, da ansonsten sich der Charakter der Flora in einer Weise verändern würde, der für uns nicht tragbar ist.
Dies bedeutet, daß wir vor, aber auch nach der Senatsentscheidung, so viel politischen Druck machen müssen, daß sie auf unseren Vorschlag eingehen beziehungsweise uns ganz in Ruhe lassen. Um dies zu erreichen, brauchen wir die Unterstützung aller uns wohlgesonnenen Menschen.
Am Tag der Senatsentscheidung ist um 18 Uhr Treffen in der Roten Flora.
Ein Mensch aus der Flora.

Hände weg von der Flora!

Sanierungsgelder sofort!

Veränderungen im Schanzenviertel ...eine Veranstaltungsreihe im April und Mai

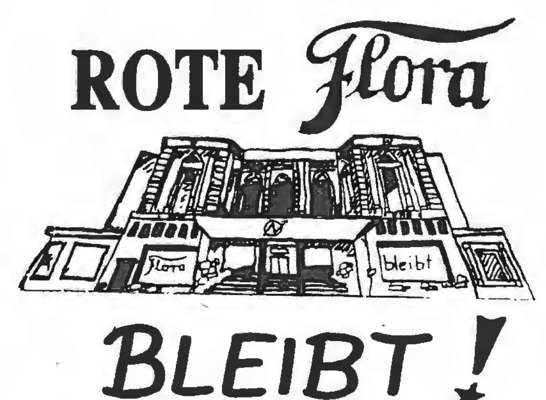
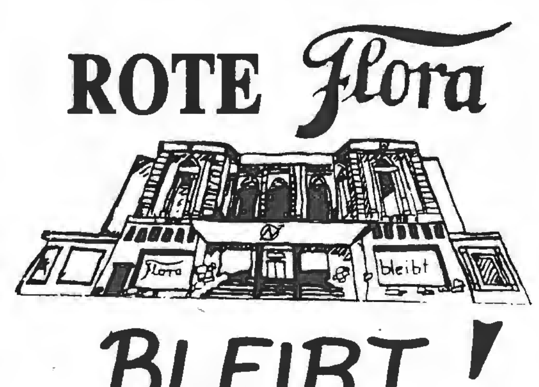
Seit Jahren steht Hamburg im Zeichen einer Umorientierung der Stadterneuerung. Unter dem Stichwort der "behutsamen Stadterneuerung" sollte u.a. im Schanzen- und Karoviertel der Anfang gemacht werden. Letzter Ausdruck dieser Absichten war - nach Gründung der Stadterneuerungs-Gesellschaft (STEG) - die Schaffung einer "Stadtentwicklungs-Behörde" (STeB).
Wie nehmen wir die Veränderung der Viertel wahr? Nach welchen PlÉänen und Absichten aber geschieht das? Welche Rolle spielen wir als BewohnerInnen dabei?
Mit einer sechsteiligen Veranstaltrungsreihe wollen wir diesen Fragen unter verschiedenen Blickwinkeln nachgehen.

Do. 15.4.93 Stadtteilgeschichte - Geschichten vom Stadtteil
Diavortrag zur Geschichte des Schanzenviertels. Ein Schwerpunkt wird die Entstehung des Quartiers vor dem Hintergrund der gesamtstädtischen Entwicklung sein.

VHS-Haus, Schanzenstr. 75 19.30 Uhr Kostenbeitrag: 3,50 DM

Sa. 17.4.93 Auf den Spuren der Veränderung - Stadtteilrundgang im Schanzenviertel
Nicht nur "geschichtsträchtige" Hinterhöfe und alte Häuser wollen wir gemeinsam aufsuchen; wir wollen uns auch und gerade die aktuelle Veränderung des Schanzenviertels vor Augen führen.

Treffpunkt: S-Bahnhof Sternschanze 14.00 Uhr Kostenbeitrag: 3,50 DM

Do. 22.4.93 "Ihr seid ja konservativ" oder: Wie soll sich unser Stadtteil verändern?
In den vergangenen Jahren stießen städtische Planungen im Schanzenviertel oft auf Protest (z.B. Phantom der Oper, Mehrzweckhalle, Flora-Park). Der Widerstand gegen gesamtstädtische Planungen beschränkte sich aber oft auf die Ablehnung und das Verhindern von Projekten. So konnte der Eindruck entstehen, man wolle das Viertel in seinem jetzigen Zustand nur konservieren und lehne jede Veränderung ab.
In dieser Veranstaltung wollen wir insbesondere der Frage nachgehen, ob hinter dem Protest gegen städtische Planungen eigene Vorstellungen von der Veränderung des Stadtteils stecken und ob es möglichkeiten gibt, diese zu verwirklichen.

VHS-Haus, Schanzenstr. 75 19.30 Uhr Kostenbeitrag: 3,50 DM

Do. 29.4.93 "...baut aber nicht vor meiner Haustür!"
Daß in Hamburg eine akute Wohnungsnot herrscht, darüber sind sich alle einig. Spätestens aber wenn es darum geht, ob die Freifläche nebenan bebaut werden soll, regt sich Widerstand gegen Wohnungsneubau, werden verschiedene Interessensgruppen gegeneinander ausgespielt. Ist der Wohnungsnot überhaupt mit Wohnungsneubau beizukommen? Sollen innenstadtnahe Flächen weiter verdichtet werden oder sind auch kleinere Freiflächen erhaltenswert?
Diskussion mit
- **Dr. Andreas Pfadt** (TU Harburg)
- **Axel Fröman** (STEG)
- **Rainer Nagel** (STeB)
- **Gerd Zilm** (Dipl. Ing. für Stadt- und Regionalplanung)

VHS-Haus, Schanzenstr. 75 19.30 Uhr Kostenbeitrag: 3,50 DM

Do. 6.5.93 Stresemannstraße ist überall Veranstaltung zur Verkehrsplanung der Stadt im Schanzenviertel
Vor über einem Jahr blockierten täglich hunderte von Menschen die Stresemannstraße, nachdem dort ein Kind überfahren worden war. Was ist heute von dem Protest übrig geblieben: Nur die auf wenigen hundert Meter enger gemachte Stresemannstraße oder ein Aufbruch zu einer humaneren Verkehrspolitik? Welche Ansatzpunkte für konkrete Veränderungen der Verkehrssituation gibt es im Schanzenviertel?

VHS-Haus, Schanzenstr. 75 19.30 Uhr kein Kostenbeitrag

Do. 13.5.93 Aufregendes Kulturprojekt? Geschichte und Gegenwart der Roten Flora

Das Stadtteilzentrum "Rote Flora als ein Ergebnis des Widerstandes gegen ein Großprojekt wird in einer Ton-Dia-Show vorgestellt. Dabei wird es auch um Ansprüche und Wirklichkeit eines selbstorganisierten Projekts gehen.

Rote Flora, Schulterblatt 71, 19.30 Uhr kein Kostenbeitrag



Drogen-Info-Café:

Seit dem 8. Februar 1993 stehen Michaela Berndt (Streetworkerin / Palette) und Dr. Josh v. Soer (Palette) für Fragen bezüglich Drogen, Sucht, Therapie, Substitution usw. zur Verfügung (anonym und umsonst).
Jeden 2. Montag im Monat jeweils von 18 bis 20 Uhr im Cafe Döse, Bartelsstr. 10, HH 36

Transfair-Nachlese:

"Solidarpakt mit den Armen" ?

Die Diskussionen sind beendet. Die Schlacht um die Marktanteile von "fairem" Kaffee hat begonnen. Edeka (Ba-Wü), Kaufhof, Hertie, Rewe u.v.a. führen spätestens seit März 93 Kaffee mit dem Siegel des Kölner Vereins Transfair. Zwischen 8,- und 13,- DM kostet das Pfund, je nachdem, ob GEPA, der holländische Großröster Neuteboom, Schirmer, Tempelmann oder der 4.größte bundesdeutsche Röster Union die Ladenketten mit dem Kaffee bestücken und abhängig davon, wieviel die Läden an Gewinn kalkulieren. Die Akzeptanz des "Kleinbauernkaffees" scheint dank regionaler und überregionaler Medienresonanz entsprechend hoch. Die Erfolgsmeldungen werden nicht lange auf sich warten lassen.

Zur gleichen Zeit quälen sich die Vertreter der kaffeeproduzierenden und der kaffeekonsumierenden Länder in London am unrunden ICO-Tisch (denn in diesem Gremium, der International Coffee Organisation, dominieren die Verbraucherländer). Verhandeln über ein neues Kaffeeabkommen, um den Kaffeeweltmarkt wieder planbar zu gestalten. So wie es im Moment aussieht mit wenig Erfolg. Die USA als größter Kaffeeaufkäufer werden, wenn Clinton nicht widerspricht, aus den Verhandlungen ausscheren. Das würde für lange Zeit jegliche Abkommen blockieren. Der wieder um die 60 Cent/Libra (ca.460gr) pendelnde und mörderische Weltmarktpreis würde im Keller bleiben, mit der Folge, daß in absehbarer Zeit der Preis aufgrund mangelnder Angebote stark steigen wird. Denn die Produktion fällt wegen des schlechten Preises rapide und auch die Qualität des Kaffees sinkt.

Die Presse trägt dieser Entwicklung Rechnung. "Solidarpakt mit den Armen", "Jede Tasse Kaffee ein Schluck Entwicklungshilfe", "Zwei Mark (?) extra für die Kaffeebauern", "Kaffee oder Kokain...? Kaffeetrinker können helfen", so oder ähnlich sind viele Artikel über Transfair-Kaffee überschrieben. Fehlt doch bloß noch das Bild der jubelnden Mexicaner, ihre Sombreros in die Luft werfend. Oder? Erinnern wir uns an die Verhandlungen zum ICO-Kaffeeabkommen. Erinnern wir uns an die dort diskutierten Preisrahmen. Die kaffeekonsumierenden Länder boten dort schon vor vielen Jahren nur einen Preisrahmen von 1,20 - 1,40 Dollar/Libra Rohkaffee. Die höheren Preisrahmenvorstellungen der Erzeugerländer von 1,35 - 1,85 Dollar/Libra konnten sich nicht durchsetzen. Der Transfair-"Solidarpakt mit den Armen" garantiert sage und schreibe 1,20 Dollar/Libra. Wer also schlägt hier wem ein Schnippchen?

Noch eine andere unfaire Überlegung. Die ProduzentInnen von Kaffee erhalten also ca. 1,80 DM/Pfund Kaffee, was beinhaltet: Anlegen der Pflanzung, Aufzucht der Setzlinge, Schneiden der Bäume, Unkraut jäten, dreimaliges Pflücken der Kaffeekirschen, reinigen, waschen, Fruchtfleischentfernung, trocknen, sortieren nach Handelsklassen, Abfüllen in Säcke, Transport zum Hafen, Lagern.

Der deutsche Staat erhält für Nichtstun 2,15 DM/Pfund Kaffeesteuer plus 0,50 MWST. Der "faire" Groß- und Einzelhandel bekommt für den Vertrieb, für Werbung und für Allgemeinkosten ca. 2-2,50DM/Pfund (die Verarbeitung: Mischen, rösten und abpacken macht zusätzlich ca. 0,60 DM/Pfund aus, das Verschiffen etc. 0,40 DM/Pfund).

Wer also wirft seinen Sombrero?

"Transfair vertritt zweifelsohne einen reformistischen Ansatz innerhalb eines Wirtschaftssystems, den man vom Standpunkt einer radikalen Kapitalismus-Kritik natürlich in Frage stellen kann," schreibt das Transfair-Vorstandsmitglied Klaus Piepel im Vorstandsbericht über das 2.Halbjahr 1992. Mangels praktischer Alternativen, schreibt er weiter "...hat sich Transfair nicht dem 'Kampf gegen die Macht der Kaffeekonzerne' verschrieben." Wir müssen ehrlich sagen, daß wir uns als Solidaritätsgruppe nie solchen Konzepten der Sozialverträglichkeit verpflichten werden und wundern uns umgekehrt allerdings, warum so viele Initiativen wie etwa die Arbeitsgemeinschaft 3.Weltläden für solche Minimalprojekte offen ist.

Entgegen allen Behauptungen ist Transfair ein großangelegtes Spendenprojekt. Was aber soll Motivation der SpenderInnen sein? Folgen wir den Presseberichten von und über Transfair. In unserer schon beträchtlichen Anzahl von gesammelten Texten und Artikeln findet mensch nur viele Opfer in vielen Ländern. Täter gibt es weder dort noch hier. Vergessen sind die Raubzüge der Oligarchien gegen die BäuerInnen und Bauern, die ihres Bodens entraubt, massakriert und in die Knechtschaft des Frondienstes gezwungen wurden/werden oder gezwungen sind, mit schlechten und knappem Ackerland am Rande der Gesellschaften zu leben. Die Solidaritätsbewegung darf doch nicht die im 19.Jahrhundert begonnene Aufgabe der Kirchen übernehmen, die Sozialdienste für die Ausgebeuteten bereitstellen. Vergessen werden ebenfalls die Auftraggeber und Profiteure der Ausplünderung der Kontinente. Wir werden den Räubern nicht die Hände reichen und unter gleichem Siegel vermarkten. Unsere Aufgabe bleibt die Unterstützung von Widerstand im Trikont und die Organisierung von Widerstand hier.

Wer erhält die Spenden? Die Produzent-Inngruppen bzw. die Kleinbauernorganisationen sind in Lateinamerika über die Frente Solidario organisiert. Hilfreich zur Seite stand bei der Gründung der Frente 1989 die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die zu verschiedensten Kleinbauernorganisationen mehr als gute Kontakte pflegt. Wie im aktuellen Fall in El Salvador, wo die FES im oppositionellen Kooperativensektor spalterisch wirkt, indem sie durch Beratung und Hilfe den eher sozialdemokratischen Teil begünstigt, arbeitet sie schon lange in verschiedensten Ländern Lateinamerikas. Ihr eigenes Projekt in Costa Rica, COOCAFE, selbst Mitglied in der Frente, zeichnet sich durch eben diesen sozialpartnerschaftliche Aufbau aus, der weder Klassenorganisierung noch Widerstand gegen die Dominanz der Multis im Land kennt. Inhaltlich ähnelt es in fataler Weise dem 1947 von antikommunistischen Unternehmerkreisen ebenfalls in Costa Rica entwickelten "Solidarismo"-Konzept, welches über Sozialfonds und Befriedung gewerkschaftlichen Widerstand zu spalten versucht. Da die Träger von Transfair vorwiegend kirchliche und sozialdemokratische Organisationen sind, ist zumindest klar, daß eine Unterstützung des ökonomischen Sektors der linken Kräfte nicht vorgesehen ist.

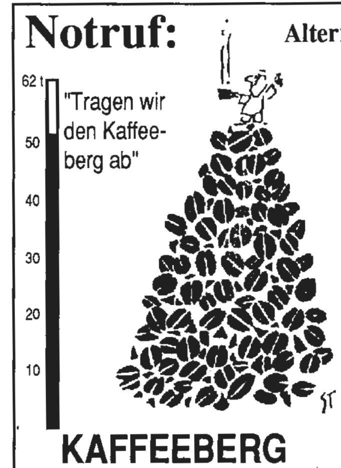
Der Arbeitsgemeinschaft 3.Weltläden (AG3WL) ist durch einen schlauen Coup des Transfair-Vorstands am Ende doch noch erspart geblieben, einen Austritt aus Transfair zu vollziehen. Nach bitteren Abstimmungsniederlagen im Vorstand, zuletzt wegen eines sog. Öffentlichkeitsfonds für das Fußvolk, die meist ehrenamtlich arbeitenden MitarbeiterInnen der "Dritte"-Welt-Läden, wurde erwägt, die Mitgliedschaft zumindest ruhen zu lassen wenn nicht auszutreten. Jetzt erhält die AG3WL die Lizenzgebühren der GEPA für ihre Öffentlichkeitsarbeit.

Hoffen wir, daß die verbliebenen Kräfte der Solidaritätsbewegung in der Lage sind, eine eigene Gegenöffentlichkeit gegen Transfair aufzubauen. Denn zumindest bleibt neben Mehreinnahmen für die ProduzentInnen (was wir trotz allem natürlich nicht ablehnen), die Chance, das erwachte Interesse am Thema Kaffee gründlich für uns auszunützen.

Gegen die Macht der Kaffeekonzerne!
Für die organisierten Kooperativen, die Inseln im kapitalistischen Meer!

Notruf:

Alternativer Kaffeeberg bedroht Existenz von Kooperativen



Anfang des Jahres lagerten noch 62 Tonnen Kaffee organico (also Kaffee aus kontrolliert biologischem Anbau) im deutschen Zollager. Soviel wie eigentlich im Lauf eines ganzen Jahres verbraucht wird. Das liegt zum einen an der Fehlkalkulation unsererseits, andererseits an der Zusage, den ProduzentInnen den gesamten Kaffee abzunehmen. Nun wollen wir die ProduzentInnen nicht mit diesem Dilemma sitzenlassen (das hätte deren Existenz in Frage gestellt), und bestellten deshalb die übliche Jahresmenge. Wir sind aber auf Eure Hilfe angewiesen, also kauft unseren Café Organico, der auch im Schanzenviertel in etlichen Läden erhältlich ist, so im Männerschwarm, Spielzeugladen, Buchhandlung am Schulterblatt und auch beim KGB. Oder bei uns, el rojito, Große Brunnenstraße 74, 2000 Hamburg 50, Tel. 3906898

Die Wüste lebt



Bericht einer Reise in die Flüchtlingslager des sahrauischen Volkes März 93

ich habe Angst, daß sie verloren gehen - aus den Augen, aus dem Bewußtsein - untergehen im gesteuerten Nachrichtenstrudel der Medienkonzerne und dem wachsenden Chaos der sogenannten neuen Weltordnung - verraten und verkauft von den Bauherren der Festung Europa - diese "Handvoll" 300.000 Menschen, die ursprünglich als Nomaden den Westteil der Sahara bevölkerten, dann von den Spaniern kolonialisiert wurden, die um die Freiheit und Unabhängigkeit kämpften, fast gewannen und dann 1975 von den Spaniern verkauft und von Marokko überfallen wurden - die Sahrauis.

Vor vier Jahren hatten wir das letzte Mal den Sand der Wüste berührt, unsere Augen die endlose Weite und unser Herz diese beispiellose Gastfreundschaft genossen, wir hatten einige Zeit mit sahrauischen Freunden in Hamburg gelebt, gearbeitet und diskutiert und - uns aus den Augen verloren. Danach erreichten uns nur noch Agenturmeldungen.

Grund genug (?), ein weiteres Mal das Flugzeug Richtung Tindouf in Süd-West-Algerien zu nehmen und einige dieser inzwischen 170.000 Menschen, die dort seit 17 Jahren in den Flüchtlingslagern der FRENTE POLISARIO leben, zu besuchen.

Du kommst von Frankfurt nach Algier und, ohne Dir genau klar zu sein, wo Du eigentlich bist, merkst Du, daß sich irgendwas geändert hat. Die Straßen sind voll mit Menschen, aber irgendwas ist aus dem Gleichgewicht. Klar, Du siehst kaum Frauen auf der Straße. Außerdem ist Ramadan und es herrscht Ausnahmezustand. Und der Wechsel geht weiter, Du nimmst ein weiteres Mal das Flugzeug und einige Zeit später befindest Du Dich über der Wüste - tausende Kilometer Sand, Steine, Gelände - die Wüste ist viel spannender und ganz anders, als wir sie aus Filmen kennen. Ohne es zu merken, hast Du 2.000 km Wüste durchquert und findest Dich in einer kleinen zusammengewürfelten Wüstenstadt mit ein paar tausend EinwohnerInnen wieder, dem algerischen Militärstützpunkt Tindouf. 30 km weiter südlich beginnen die Zeltstädte der Sahrauis. Ein erneuter Wechsel, Du bist leicht verwirrt. Die Wüste erstreckt sich scheinbar ohne Ende, aber Du kannst nur dieses kleine Stückchen wahrnehmen, das Du siehst, anfäßt und betrittst. Aber die Wüste ist nicht das erstaunlichste; das faszinierendste und unglaubliche an diesem unwirtlichen und rätselhaften Ort der Erde ist, daß hier seit 17 Jahren tausende von Menschen leben, überleben, um irgendwann in ihre Heimat zurückzukehren, die seit Jahren unter der marokkanischen Besatzung leidet.

Derzeit gibt es vier Zeltstädte, die wiederum aus 6 - 7 einzelnen Zeltdörfern bestehen und über ein Gebiet von der Größe des Saarlandes verteilt sind. In zwei der vier Zeltstädte gibt es Trinkwasserbrunnen, in die anderen muß das Wasser per LKW gefahren werden. Jedes der 25 Zeltdörfer hat eine eigene Verwaltung, Versorgungs- und Gesundheitsstationen, Gemeinschaftskantinen, Kindergärten, Schulen und Werkstätten. Die Verwaltung allen gesellschaftlichen Lebens ist verschiedenen Komitees übertragen, die hauptsächlich von Frauen besetzt sind. Der größte Teil der Männer ist im Militärdienst und die wichtigsten Positionen in Staat und Militär werden auch von Männern eingenommen. Die Menschen in den Lagern sind zu 100 % von äußerer Hilfe abhängig, die bis vor ein paar Jahren zu 80 % von Algerien bestritten wurde. Im Zuge der sich verschärfenden Wirtschaftskrise dort muß jetzt allerdings immer mehr von internationalen Hilfsorganisationen übernommen werden.



Ein alter sahraouischer Spruch erzählt von der Beziehung zwischen Mann und Frau in der Nomadengesellschaft: »Zwei Baumstämme tragen das Zelt. Bricht einer davon, fällt das Zelt.« Nuara Ahmamed, eine Kindergärtnerin in der Schule des 27. Februar. Ihre Familie kam aus dem Süden der West-Sahara.

Hauptpunkte unseres Programms waren Gespräche und Besichtigungen in verschiedenen Einrichtungen der Lager: Gesundheitsstationen, Schulen, die zentrale Motorenwerkstatt, das Radio und die Lagerzeitung, zwei Frauenschulen, eine Berufsschule und eine Militärschule, Kindergärten, eine Polizeistation und die Gärten. Die Frauen unserer Delegation hatten ein längeres Treffen mit Vertreterinnen der sahrauischen Frauen-Union. Sie vereinbarten die Möglichkeit eines Besuchs einer sahrauischen Frauendelegation in Hamburg im Juni diesen Jahres.

Leider ist hier nicht der Platz einer umfassenden Beschreibung der von uns vorgefundenen Situation. Vielleicht nur soviel: der Mangel und die Not der dort lebenden Menschen ist offensichtlich; die Art und Weise, sich zu organisieren und der Kampf um genügende Ernährung, Bildung und Gesundheit für alle ist beeindruckend; die Lebensfreude, Herzlichkeit und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft hat uns mehr als überwältigt - es hat uns auch ein bißchen neidisch gemacht !

Neben dem offiziellen Programm hatten wir auch Gelegenheit, an einem kleinen Festakt anläßlich der Verleihung der Halbjahres-Zeugnisse in einer Grundschule und an einer Hochzeit teilzunehmen. Ansonsten konsumierten wir literweise Tee, neben Tabak im übrigen die einzige Droge, die mensch in den Lagern zu sich nimmt. Unsere Gespräche in den Zelten drehten sich dabei immer wieder um die Einschätzung des aktuellen Friedensprozesses.

Das Referendum über die Unabhängigkeit (Abstimmung über die Frage: "Wünschen Sie die Unabhängigkeit oder die Integration nach Marokko ?") war für Anfang '92 geplant. In den Lagern waren die Menschen schon damit beschäftigt, ihr weniges Hab und Gut und die Zelte in Kisten zu verpacken; die Schulen und Werkstätten waren schon geschlossen als klar wurde, daß Marokko ein weiteres Mal den Friedensplan sabotiert und daß das Ganze auf unbestimmte Zeit verschoben wird. "Wie habt Ihr das verkraftet und wie seht Ihr die nächste Zukunft?" Das Lagerleben funktioniert weitestgehend wieder und die meisten sind optimistisch, daß es bald zu einem Referendum kommen wird. Für den Fall, daß nicht? "Unsere Kämpfer sind bereit, dann müssen wir den Krieg wieder aufnehmen !"

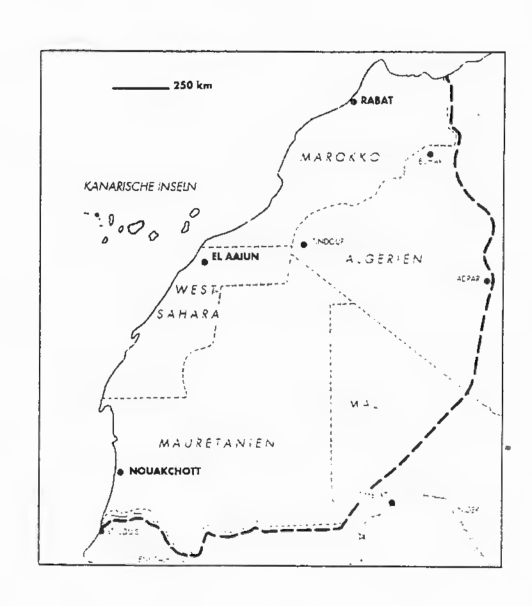
Begleitet wurden unsere Diskussionen immer auch von der Bitte, in Deutschland von der Situation und dem Kampf des sahrauischen Volkes zu erzählen. Deutschland, welches einer der Haupthandelspartner Marokkos ist und von wo jährlich ca. 100 Millionen DM Wirtschafts- und Militärhilfe und 270 Millionen DM Devisen von deutschen Touristen in die Kriegskasse des Königs fließen.
Darüber hinaus wurde uns eine ganze Liste dringend benötigter Materialien und Aktionsvorschläge mitgegeben, die uns sicherlich in der nächsten Zeit hier beschäftigen werden.
Denjenigen unter Euch, liebe LeserInnen, die's ein bißchen genauer interessiert, sei der Besuch der Veranstaltungen, die wir in den nächsten Wochen in verschiedenen Stadtteilzentren machen werden, an's Herz gelegt. Desweiteren das Buch "Wind, Sand und Mercedes-Sterne" von Karl Rössel, 1991, Horlemann-Verlag.



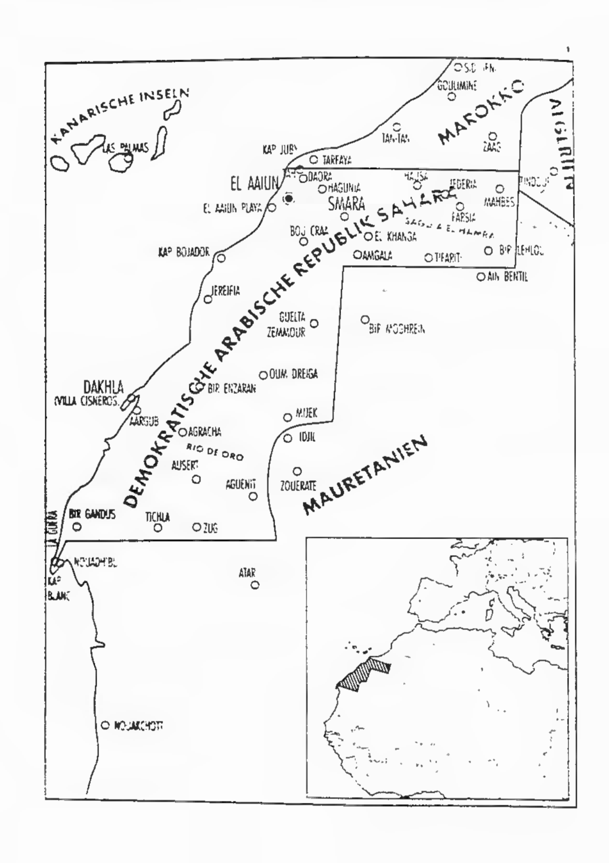
Zur Erinnerung

1884	Beginn der Kolonialisierung der Küste der West-Sahara durch Spanien
ab 1934	Vorrücken der spanischen Truppen mit Unterstützung Frankreichs ins Hinterland. Frankreich hält zu dieser Zeit die Nachbarländer Marokko, Algerien und Mauretanien besetzt
1956	Unabhängigkeit Marokkos mit Zustimmung Frankreichs
1957	Aufstand in der West-Sahara, der mit Hilfe Frankreichs und Marokkos niedergeschlagen wird
1962	Unabhängigkeit Algeriens nach 8jährigem Befreiungskrieg und über 1,5 Millionen Toten
1965	Resolution der Vereinten Nationen, Spanien solle die West-Sahara entkolonisieren
1968	Gründung der ersten sahrauischen Befreiungsorganisation, die mit friedlichen Mitteln die Unabhängigkeit erreichen will
1970	kommt es zu einem Massaker während einer friedlichen Demonstration und zur nachfolgenden Zerschlagung des Widerstandes
1973	Gründung der FRENTE POLISARIO, die den bewaffneten Kampf gegen die spanische Besatzung aufnimmt und schnell militärische Erfolge erringt; die ersten befreiten Gebiete
ab 1974	verstärkte Propaganda-Kampagne des marokkanischen Königs Hassan II: die West-Sahara sei Teil des großmarokkanischen Reiches Spanien erklärt sich bereit, ein von den UN gefordertes Referendum über die Unabhängigkeit der West-Sahara abzuhalten und ggf. das Land zu verlassen
1975	in Geheimverhandlungen in Madrid stimmt Spanien der Aufteilung der West-Sahara unter Marokko und Mauretanien zu diese beiden Länder besetzen daraufhin die ehemalige spanische Kolonie und treiben mit beispiellosem Terror zehntausende Sahrauis zur Flucht in die Wüste des Landesinneren.
1976	nach Napalmbombadierungen mit Unterstützung Frankreichs, bei denen 20.000 Menschen sterben fliehen über 100.000 Menschen über die Grenze nach Algerien und bauen dort in der Nähe von Tindouf die noch heute existierenden Flüchtlingslager auf. Tausende sterben in der Folgezeit an Krankheiten und Unterernährung. Reorganisierung der FRENTE POLISARIO und Proklamierung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS)

Das »großmarokkanische Reich«



Nach: Barbier, Maurice, Le Conflict du Sahara Occidental, Paris, 1982, S. 77



1979 Waffenstillstand zwischen Mauretanien und der FRENTE POLISARIO, nachdem große Teile des Landes zurückerobert wurden. Auch Marokko ist bis auf einen kleinen Küstenstreifen zurückgedrängt.

ab 1981 Bau von verschiedenen mit elektronischer Überwachung ausgerüsteten Mauern quer durch die West-Sahara; dadurch Zurückdrängen der Guerilla, seitdem Stellungskrieg

1988 Vorlage eines Freidensplans durch UNO und OAU, der einen Waffenstillstand und ein Referendum auf Grundlage des Vorschlags von 1975 vorsieht

1991 Beschluß des UN-Sicherheitsrates zur Entsendung von Friedenstruppen, Bildung der MINURSO. Ein geplanter Waffenstillstand im September wird von Großangriffen der marokkanischen Armee und stärksten Bombadierungen zunichte gemacht.

1992 Waffenstillstand, MINURSO beginnt trotz Behinderungen durch Marokko ihre Arbeit. Die Verhandlungen über die Durchführung des Referendums werden weiterhin von Hassan II verschleppt.

1993 die UNO stellt ein Ultimatum bis Ende Mai, innerhalb dessen sich die FRENTE POLISARIIO und Marokko einigen müssen; wenn nicht werde der Sicherheitsrat ein eigenes Programm vorlegen.

Die marokkanischen Bombardements und die Fluchtwege der Sahrauis 1975/76



Nach: terre des hommes, Westsahara, 1984, S. 15. Ergänzt vom Verfasser nach Angaben der Frente Polisario.

Hackmann – fünf Jahre sind zuviel ! (Forts.)

Der jüngste "Skandal" von Innensenator Hackmann und seinen Untergebenen zeigt auch die rassistische Funktion der Hamburger Polizei in der Vorgehensweise der Polizeieinheiten gegen die Trauernden am Flughafen Fuhlsbüttel, die Abschied von den Toten von Mölln nehmen wollten. Hackmann hat auch diese Schandtat glimpflich überstanden. Ein Beispiel für den alltägliche Rassismus der Polizei ist, daß bei der "Dealer-Jagd" immer wieder gezielt schwarze Jugendliche verdächtigt und festgenommen werden. Über diese Art von Übergriffen gibt es bezeichneter Weise kaum Informationen. Als weiteres Beispiel ist uns ein Fall vom November letzten Jahres bekannt, wo nach einem Angriff auf ein bekannten Nazitreffpunkt in der Hamburger Innenstadt, der Befehl an die Polizeibeamten ausging, gezielt "alle südländisch aussehenden" Jugendlichen festzunehmen.

Um diesen alltäglichen Skandalen mehr Öffentlichkeit zu verschaffen und die dazugehörenden Polizeistrukturen zu beleuchten, wird das Bündnis Anfang Mai eine Veranstaltung organisieren.

Wir sind der Ansicht, daß diesem staatlichen Vorgehen ein Riegel vorgeschoben werden muß und endlich Konsequenzen folgen müssen.

Wir fordern deshalb:

- Rücktritt von Innensenator Hackmann
- Auflösung der E-Schichten und der Festnahmezüge der Bereitschaftspolizei
- Auflösung der politischen Polizei LKA 3
- Uneingeschränktes persönliches Akteneinsichtsrecht
- Rücknahme des neuen Hamburger Polizeigesetzes SOG
- Schluß mit den rassistischen Polizeiübergriffen

Wir unterstützen die Forderung der GAL nach der Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschußes zu den jüngsten Polizeiskandalen.

Bündnis gegen Staatsgewalt, Hamburg, 2. April '93

Bis heute wird diese Presseerklärung unterstützt von: Soligruppe Ralf und Knud, Rote Flora, Komplizinnen, Redaktion spreng-sätze, BAG Kritische PolizistInnen, Pax Christi, Redaktion ak (analyse und kritik), Rote Hilfe OG HH, Hochschul-Antifa HH, Volkshaus, Landesvorstand GAL HH, Koordinierungsausschuß der Solidarischen Kirche, Ex-KB-Mehrheit, Infoladen Schwarzmarkt, Antirassistisches Telefon, Alternative Liste, Antifa Dulsberg-Barmbek, Brigadenvorbereitungsgruppe Nicaragua, Gruppe K, Gruppe Tegethoffstraße, Regula Bott, RA Christian Busold, RA Heinz-Jürgen Schneider, el rojito, Buchladen Yol, Antifa Kassiopeia; Lehrerinnen und Lehrer des Kreisgymnasium Bargteheide, Kneipenkollektiv Fritz Bauch

Kontakt: Gisela Wiese, Bebelallee 7a, 2 HH 60, Tel.: 470410



FREIE MANUFAKTUR

Lederhosen
Jacken
Änderungen
Accessoires
Sitzbänke
Packtaschen
Werkzeugrollen
Reparaturen
Sonderanfertigungen PKW etc

BEIM GRÜNEN JÄGER 25
2000 HAMBURG 36
TELEFON: 040/4 39 18 39



INHABER PASCH. CHRISTOFORIDIS
SCHANZENSTR. · 87 · 2000 HAMBURG 6 · TELEFON : 040/ 43 66 20

Mo.- Sa. 17 - 1 Uhr
So. 12 - 1 Uhr





SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser-Farbkopien,
Telefaxservice, Zauberartikel,
Schreibwaren
Nacht- und Wochenend
Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
2000 Hamburg 36
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr 9 - 18.30 Uhr
Sa 10 - 14 Uhr

BUCHHANDLUNG
IM SCHANZENVIERTEL
c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK	KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHULTERBLATT 55	SCHANZENSTRASSE 59
2000 HAMBURG 36	2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 08	TEL. 040/430 08 88
FAX 040/43 38 11	SPIELE 040/439 68 32
	FAX 040/43 38 11

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30– 18.30 Uhr, Samstag 10.00 – 14.00 Uhr





Kompletter Partyservice
Kaltes Buffet
Warme Speisen

Rothenbaumchaussee 63
2000 Hamburg 13
Telefon 410 22 17

Schulterblatt 36
2000 Hamburg 36
Telefon 430 20 31

Öffnungszeiten: 12.00 Uhr bis spät in die Nacht

AIKIDO
KARATE-DO
TAI-CHI-CHUAN
HAPKIDO



Sportschule
Goshin

Glashüttenstr. 79
2000 Hamburg 36
Tel.: 439 65 94

Lederladen

die Spezialisten für
Motorradklamotten
und besondere Ideen
Lederdesign
Reparaturen



Bergiusstraße 12 · 2 Hamburg 50 · Tel. 39 67 79
Di-Fr 14-18.00 Uhr · Sa nach Vereinbarung



TAVERNA PLAKA
Inh. Wassilis Peronis
Griechische Spezialitäten

Schanzenstraße 25 2000 Hamburg 36
Telefon 040-43 77 19





